



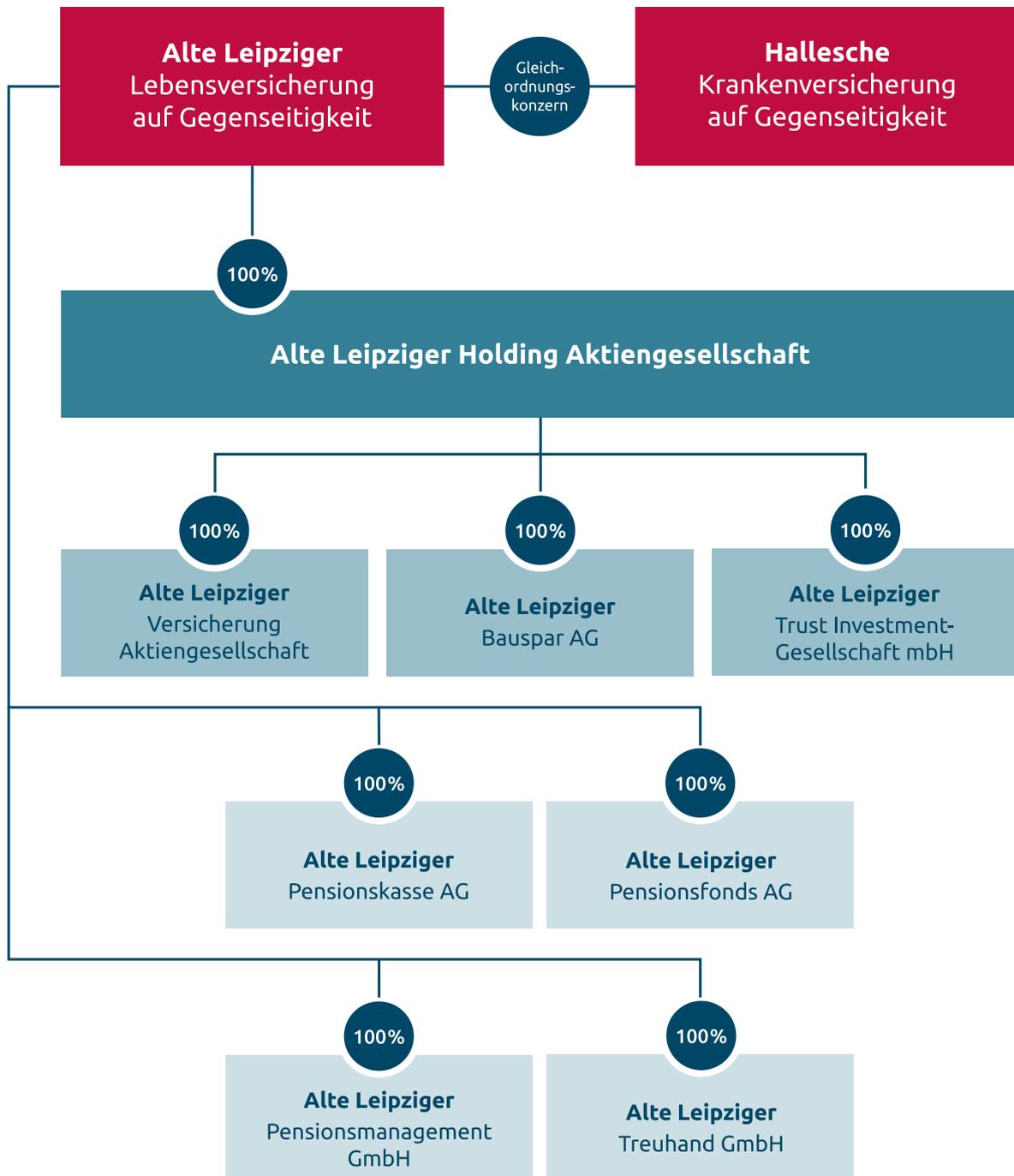
Alte Leipziger

ALH Gruppe

Geschäftsbericht 2024

Alte Leipziger
Bauspar AG

Struktur der ALH Gruppe*



* Zur ALH Gruppe zählen die beiden Mutterunternehmen Alte Leipziger Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit und Hallesche Krankenversicherung auf Gegenseitigkeit sowie alle Tochtergesellschaften.

Inhalt

4	Aufsichtsrat, Vorstand, Vertrauensmann
5	Bericht des Aufsichtsrats
7	Bericht des Vorstands – Lagebericht
26	Jahresbilanz
29	Gewinn- und Verlustrechnung
31	Anhang zum Jahresabschluss
46	Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers
52	Bewegung der Zuteilungsmasse
53	Bestandsbewegung der Bausparverträge
61	Kontakt

Aufsichtsrat

Christoph Bohn

Vorsitzender der Vorstände
der Alte Leipziger Lebensversicherung/
Hallesche Krankenversicherung/
Alte Leipziger Holding
Vorsitzender

Martin Rohm

Mitglied der Vorstände
der Alte Leipziger Lebensversicherung/
Hallesche Krankenversicherung/
Alte Leipziger Holding
stv. Vorsitzender

Dr. Jürgen Bierbaum

Aktuar (DAV)
stv. Vorsitzender der Vorstände
der Alte Leipziger Lebensversicherung/
Hallesche Krankenversicherung/
Alte Leipziger Holding

Karl-Heinz Fischer*

Bausparkassenangestellter

Eva Frauendorfer*

Bausparkassenangestellte

Wiltrud Pekarek

Aktuarin (DAV)
Mitglied der Vorstände
der Alte Leipziger Lebensversicherung/
Hallesche Krankenversicherung/
Alte Leipziger Holding

* von den Arbeitnehmern gewählt

Vorstand

Stephan Buschek

Dr. Holger Lindner

Die Angaben zu Aufsichtsrat und Vorstand
sind Teil des Anhangs.

Vertrauensmann

gemäß § 12 BausparkG

Prof. Dr. Holger Paschedag

Hochschule Aschaffenburg
Fakultät Wirtschaft und Recht
Leiter Internationales Immobilienmanagement

Bericht des Aufsichtsrats der Alte Leipziger Bauspar AG

Der Aufsichtsrat hat die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben wahrgenommen und die Geschäftsführung laufend überwacht und beratend begleitet.

Der Aufsichtsrat ist im Geschäftsjahr 2024 zu zwei Sitzungen zusammengetreten und hat sich sowohl in- als auch außerhalb der Sitzungen durch schriftliche und mündliche Berichte über den Gang und die Entwicklung der Geschäfte ausführlich unterrichten lassen.

Arbeit des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat ließ sich zur Entwicklung im Wohnungsbau, zur Entwicklung des Bauspargeschäfts, zur Ertragslage und zur Entwicklung des Marktumfelds berichten. Die Sparzahlungen im Verband der Privaten Bausparkassen lagen per Oktober um 5,3 % unter dem Vorjahreswert.

Weitere Schwerpunkte bildeten die Berichterstattungen zu wesentlichen Unternehmenskennzahlen zu u.a. der Cost-Income-Ratio, der Eigenkapitalausstattung und der Gesamtkapitalquote.

Im Rahmen der Berichterstattung zum Jahresabschluss ließ sich der Aufsichtsrat u.a. zur vertrieblichen Geschäftsentwicklung, insbesondere zur Neugeschäftsentwicklung und der Entwicklung des Darlehensgeschäfts berichten. Das Bauspar-Neugeschäft verzeichnet gegenüber den beiden Vorjahren einen korrekturbedingten Rückgang. Der Vorstand berichtete über bedeutende Einflüsse auf die Risikosituation 2024. Er berichtete zum in 2024 durchgeführten neuen LSI-Stresstest. Aus diesem ergaben sich keine ertrags- und bestandsgefährdenden Risiken. Ein weiterer Schwerpunkt bildete die Berichterstattung zum finanziellen Jahresergebnis.

Der Aufsichtsrat ließ sich zum aktuellen Stand bezüglich des Projektes zur Überarbeitung des internen Risikobewertungsansatzes berichten und erörterte gemeinsam mit dem Vorstand die Gründe für die Beibehaltung des derzeitigen Risikobewertungsansatzes.

Die Themen „Dialog: Umstellung der G7- und VB6-Anwendungen“ und „Baufi-Strategie“ bildeten weitere Schwerpunkte im Rahmen der Berichterstattung des Vorstands zu Unternehmensprojekten.

Der Aufsichtsrat ließ sich darüber hinaus zu externen Einflüssen berichten. Neben den ökonomischen Folgen des Ukraine-Konfliktes auf Energiepreise, Inflation und Fachkräftemangel destabilisieren zunehmend geopolitische und militärische Konflikte im Nahen Osten und mit China die globalen Volkswirtschaften. Anzeichen einer wirtschaftlichen Abkühlung waren in 2024 deutlich erkennbar und werden unverändert eine zentrale Herausforderung in 2025 bleiben. Darüber hinaus erfordert das Auseinanderbrechen der Ampel-Koalition eine frühzeitige Bundestags-Neuwahl im Frühjahr 2025, was ebenfalls politische Unsicherheiten birgt.

Die genannten Faktoren, sowie der Anstieg der Finanzierungskosten, kombiniert mit einer zunehmenden Verteuerung der Baupreise, haben zu einer deutlichen Verunsicherung potenzieller Immobilienkäufer geführt.

Im Rahmen der turnusmäßigen Risikoberichterstattung befasste sich der Aufsichtsrat unter anderem mit Adressausfallrisiken, Marktpreis- und Zinsrisiken, Risiken im Bausparkollektiv, Liquiditäts- und operationellen Risiken sowie den dazu aufgezeigten risikobegrenzenden Maßnahmen.

Im Einklang mit der Nachhaltigkeitsstrategie der ALH Gruppe stehen auch für die Alte Leipziger Bauspar AG die Berücksichtigung nachhaltiger Aspekte in der Produktentwicklung und der Kapitalanlage sowie klimaschonendes Handeln im Fokus des unternehmerischen Handelns.

Für das kommende Geschäftsjahr 2025 wurden – wie auch für das abgelaufene Geschäftsjahr 2024 – Nachhaltigkeitsziele in der Vorstandsvergütung verankert.

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsstrategie und die darauf aufbauende Mittelfristplanung der Gesellschaft sowie die Rahmenplanung des Vorstands zur Kapitalanlage für das Geschäftsjahr 2025 und die kommenden Jahre ausführlich beraten und verabschiedet. Darüber hinaus hat sich der Aufsichtsrat mit Vorstands- und Aufsichtsratsangelegenheiten befasst.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass der Vorstand den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend sowie den gesetzlichen Vorgaben entsprechend über alle für das Unternehmen relevanten Fragen der Planung, der

Geschäftsentwicklung, der Risikolage und des Risikomanagements sowie über die Wahrung der Compliance informiert hat.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats stand mit dem Vorstand in ständiger enger Verbindung. Er ließ sich regelmäßig über bedeutsame Fragen und Maßnahmen der Geschäftspolitik informieren. Die Mitglieder des Aufsichtsrats wurden über die Ergebnisse laufend unterrichtet.

Über die Arbeit der Ausschüsse (Nominierungs-, Kapitalanlage- Produkt- und Prüfungsausschuss) wurde dem Aufsichtsrat in seinen Sitzungen am 14. März 2024 und 28. November 2024 sowie am 14. März 2025 berichtet.

Jahresabschluss 2024

Der Abschlussprüfer, die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 sowie den Lagebericht des Vorstands unter Einbeziehung der Buchführung geprüft und einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns geprüft. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses, Herr Martin Rohm, berichtete dem Aufsichtsrat jeweils in den März-Sitzungen über die vorbereitende Tätigkeit und Prüfungen des Prüfungsausschusses. An den März-Sitzungen nahm auch der Abschlussprüfer teil, der über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfungen berichtete. Der Aufsichtsrat hat sich dem Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses durch den Abschlussprüfer angeschlossen und hat nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung Einwendungen nicht zu erheben. Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss gebilligt, der gemäß § 172 AktG festgestellt ist. Dem Vorschlag des Vorstands über die Verwendung des Bilanzgewinns hat sich der Aufsichtsrat angeschlossen.

Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat den Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gemäß § 312 AktG sowie den hierzu vom Abschlussprüfer gemäß § 313 AktG erstatteten Prüfungsbericht vorgelegt. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers lautet wie folgt:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. *die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,*
2. *bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“*

Der Aufsichtsrat hat den Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen geprüft und hat sich dem Prüfungsergebnis des Abschlussprüfers angeschlossen. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung erhebt der Aufsichtsrat keine Einwendungen gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Berichts über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die engagierten Leistungen und die im Berichtsjahr erzielten Erfolge.

Personalentscheidungen im Aufsichtsrat

Frau Wiltrud Pekarek wurde wieder zum Mitglied des Aufsichtsrats gewählt.

Herr Stephan Buschek schied zum 31.01.2025 als Mitglied aus dem Vorstand aus. Der Aufsichtsrat würdigte die langjährige Tätigkeit von Herrn Buschek und dankte ihm für die angenehme Zusammenarbeit und sein Engagement für das Unternehmen.

Herr Harald Rupp trat sein Vorstandsmandat mit Wirkung zum 01.01.2025 an.

Oberursel (Taunus), den 14. März 2025

Alte Leipziger Bauspar AG

Der Aufsichtsrat

Bohn
Vorsitzender

Bericht des Vorstands – Lagebericht

Geschäftsmodell

Die Alte Leipziger Bauspar AG ist eine Bausparkasse gemäß § 1 Abs. 1 des Bausparkassengesetzes (BauSparkG). Die Geschäftsschwerpunkte sind das Bausparen sowie die Finanzierung wohnwirtschaftlicher Maßnahmen von Privatpersonen innerhalb Deutschlands. In der Alte Leipziger – Hallesche Gruppe ist die Alte Leipziger Bauspar AG die Bank für die private Baufinanzierung, bildet das Kompetenzcenter für alle Bauspar- und Baufinanzierungsangebote und sorgt für eine breitere Aufstellung der Gruppe als Vorsorgedienstleister. Darüber hinaus werden Kapitalanlageprodukte unterschiedlicher Laufzeiten für den privaten Kunden angeboten.

Gesamtwirtschaftlicher Rahmen¹

Das deutsche Bruttoinlandsprodukt ist im Jahr 2024 aufgrund anhaltender wirtschaftlicher Probleme um 0,2 % preisbereinigt zurückgegangen.

Der private Konsum – als wichtigste Größe des Bruttoinlandsprodukts – stieg real leicht um 0,3 % an. Hier machten sich eine nachlassende Inflation und steigende Lohnabschlüsse positiv bemerkbar. Die staatlichen Konsumausgaben erhöhten sich recht deutlich im Jahr 2024 und stiegen preisbereinigt um 2,6 % an. Der Anstieg war vor allem den steigenden sozialen Sachleistungen des Staates geschuldet. Gebremst wurde die wirtschaftliche Entwicklung im Bereich der Bauinvestitionen. Hier war ein preisbereinigtes Minus von 3,5 % zu verzeichnen. Dies war das vierte Jahr in Folge mit einem Rückgang bei den Bauinvestitionen

Die schwierigen Standortbedingungen in Deutschland machten sich auch bei den Ausrüstungsinvestitionen und im Exportbereich bemerkbar. Die Ausrüstungsinvestitionen fielen real um 5,5 %. Die Exportindustrie verzeichnete einen realen Rückgang um 0,8 %, während die Importe real um 0,2 % stiegen, so dass der Außenbeitrag in Summe ein reales Minus von 0,4 %, gemessen am BIP, beisteuerte.

Das deutsche Staatsdefizit erreichte nach vorläufigen Berechnungen einen Wert von 113 Mrd. € und erhöhte sich

damit um 5,5 Mrd. €. Die Defizitquote lag wie im Vorjahr bei 2,6 % und damit unter den Defizitkriterien der EU von 3,0 % des BIP. Die durchschnittliche Inflationsrate im Jahr 2024 lag bei 2,2 %, was einen deutlichen Rückgang der Inflation gegenüber dem Krisenjahr 2023 bedeutete.²

Die Zahl der Erwerbstätigen erhöhte sich im Berichtsjahr 2024 um 0,2 % auf 46,1 Millionen Beschäftigte und erreichte einen neuen Allzeit-Höchststand. Zum Ende des Jahres 2024 ließ die Beschäftigungsdynamik allerdings merklich nach. Der Beschäftigungsaufbau fand nahezu ausschließlich im Dienstleistungsbereich statt.

Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für das Bausparen waren im Jahr 2024 herausfordernd. Das Zinsniveau, Preissteigerungen sowie Unsicherheiten hinsichtlich der politischen Rahmenbedingungen haben negative Auswirkungen auf das Konsumentenverhalten und die Investitionsbereitschaft verursacht; dies führte zu einem deutlichen Rückgang der Nachfrage nach Bausparverträgen. Der Erwerb von Wohneigentum wurde durch den Zinsanstieg, das knappe Angebot an Baugrund für den Neubau und Bestandsimmobilien sowie die mangelnde Verfügbarkeit von Handwerkern erschwert. Die hohe Nachfrage nach Wohnimmobilien bestand jedoch auch in 2024 unverändert fort. Die Politik zeigte weiterhin Bereitschaft, den angespannten Wohnungsmarkt durch Förderungen und steuerpolitische Impulse für mehr Wohneigentum zu entlasten, jedoch sind die aktuellen Maßnahmen nicht ausreichend, um den Bedarf zu decken.

Die Herbstumfrage des Verbandes der Privaten Bausparkassen zu den Sparmotiven zeigt das Sparmotiv „Wohneigentum“ in den Top 3.

Kapitalmärkte

Die Aktienmärkte entwickelten sich im Jahre 2024 trotz anhaltender Krisen und Kriege erneut äußerst positiv. Der DAX-Performance Index stieg vom Jahresanfang mit 16.829 Punkten auf 19.909 Punkte am Jahresende. Der Dax verzeichnete ein prozentuales Plus von 18,3 %. Auch der Euro-Stoxx 50 entwickelte sich positiv, er startete in das Jahr 2024 mit 4.528 Punkten und beendete das Jahr mit 4.869

¹ Statistisches Bundesamt: Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung Nr. 019 vom 15. Januar 2025.

² Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung Nr. 020 vom 16. Januar 2025.

Punkten. Dies stellte ein Plus von 7,5 % beim Euro Stoxx 50 dar.³

Die durchschnittliche Umlaufrendite von Anleihen der öffentlichen Hand stieg von 2,14 % am Jahresende 2023 auf 2,39 % zum Jahresende 2024. Der Zinsanstieg innerhalb eines Jahres betrug somit 25 Basispunkte.⁴

Entwicklung der Baubranche

Gemäß Angaben des Statistischen Bundesamts⁵ wurden im Zeitraum Januar bis November 2024 mit 193.700 Wohnungen insgesamt 18,9 % weniger genehmigt als im Vorjahreszeitraum. Im Segment Neubau waren hiervon bei Einfamilienhäusern (-22,1 %) und Zweifamilienhäusern (-12,7 %) Rückgänge in der Anzahl der genehmigten Wohnungen zu verzeichnen, bei Mehrfamilienhäusern um (-22,4 %).

Indikationen für die seitens der Politik angestrebte Entwicklung des Immobiliensektors finden sich im Koalitionsvertrag der Regierung unter der Maxime eines „Bündnis für bezahlbaren Wohnraum“ mit entsprechend gesetzten Förderschwerpunkten.

Gemäß Statistischem Bundesamt⁶ haben sich Baupreise im Vergleich November 2024 gegen November 2023 verteuert. Die Preise für den Neubau konventionell gefertigter Wohngebäude stiegen in diesem Zeitraum um 3,1 %. Bei den Rohbauarbeiten stiegen die Preise um 2,0 %, die höchsten Teuerungen finden sich bei Erdarbeiten (4,5%) und Dachdeckungsarbeiten (3,6 %). Die Preise für Ausbauarbeiten sind insgesamt um 3,8 % gestiegen, hierin enthalten sind z.B. Steigerungen der Preise für Heizanlagen und bei zentralen Wassererwärmungsanlagen (zum Beispiel Wärmepumpen) um 4,9 % und Metallbauarbeiten um 3,0 %. Bei elektro-, sicherheits- und informationstechnischen Anlagen nahmen die Preise um 6,3 % zu, bei Wärmedämm-Verbundsystemen um 3,3 %. Preise für Instandhaltungsarbeiten an Wohngebäuden stiegen um 3,6 %.

Der Häuserpreisindex des Statistischen Bundesamtes⁷ fiel im dritten Quartal 2024 Vergleich zum Vorjahresquartal - 0,7 %. Die Veränderungsrate des dritten Quartals gegenüber dem Vorquartal betrug 0,3 %, dies trifft für die meisten Gegenden in Deutschland zu.

In der Oktober-Umfrage der Deutsche Bundesbank⁸ zum Kreditgeschäft in Deutschland wurde festgestellt, dass die Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten in den ersten drei Quartalen 2024 gestiegen ist. Als wesentliche Gründe für die Steigerung wurden das allgemeine Zinsniveau, die Aussichten am Wohnimmobilienmarkt und das Verbrauchervertrauen genannt.

Die Herbstumfrage 2024 der privaten Bausparkassen zeigt die Entwicklung des Sparverhaltens in Deutschland. „Altersvorsorge“ (56 %) ist das meistgenannte Sparmotiv der deutschen Bevölkerung, gefolgt von „Konsum“ (45 %) und dem „Wohneigentum“ (33 %). Die Herbstumfrage zeigt auf, dass das Sparmotiv „Wohneigentum“ gegenüber dem Vorjahr an Bedeutung verloren hat.

Entwicklung auf Verbandsebene

Das Neugeschäft der privaten Bausparkassen zeigte nach dem starken Jahr 2023 im Jahr 2024 ein abgeschwächtes Niveau. Die Rahmenbedingungen unterstützten weiterhin die Attraktivität des Bausparens als Zinnsicherungs- und Vorsorgeinstrument bei unverändert hoher Nachfrage nach Wohneigentum.

Im Jahr 2024 wurden 913 Tsd. Verträge mit Bausparsummen von insgesamt 52,4 Mrd. € neu abgeschlossen. Gegenüber dem Vorjahrszeitraum bedeutet dies einen Rückgang der Vertragsanzahl von -12,9 %, verbunden mit einem Rückgang der Bausparsummen um -19,7 %.

Die Sparleistung der Bausparer sank um -5,2 % auf 16,6 Mrd. € gegenüber dem Vorjahreszeitraum.^[1]

³ <https://www.boerse-frankfurt.de/index/euro-stoxx-50/kurshistorie/historische-kurse-und-umsaetze>

⁴ <https://www.bundesbank.de/resource/blob/650674/0598a7675fad0e5134e9d4572671c2e1/472B63F073F071307366337C94F8C870/urwpart-data.pdf>

⁵ Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung Nr. 022/25 vom 17. Januar 2025

⁶ Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung Nr. 011/25 vom 10. Januar 2025

⁷ Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung Nr. 489 vom 20. Dezember 2024

⁸ Deutsche Bundesbank: Oktober-Ergebnisse der Umfrage zum Kreditgeschäft (Bank Lending Survey) in Deutschland vom 15.10.2024

^[1] Zahlen Januar bis Dezember 2024 gem. Übersicht über die Geschäftsentwicklung der privaten Bausparkassen, Publikation vom 13.01.2025.

Unsere Geschäftsergebnisse

Im Bauspargeschäft konnte das gesteckte Vertriebsziel von 1,05 Mrd. € Bausparsumme im Berichtsjahr nicht erreicht werden. Beantragt wurden 12.541 Verträge (- 47,6%) mit Bausparsummen über insgesamt 477,0 Mio. € (- 69,3%). Die Sparleistung unserer Bausparer lag mit 242,1 Mio. € um 6,6% unter dem Vorjahreswert. Um die Profitabilität im Bausparbestand langfristig zu sichern, wurden wiederum Bestände hochverzinslicher Altтарife abgebaut.

Im Baufinanzierungsneugeschäft wurde mit insgesamt 256,2 Mio. € das Vorjahresniveau (194,6 Mio. €) und auch das Vertriebsziel von 247,3 Mio. € übertroffen.

Vor dem Hintergrund des veränderten Zinsniveaus, des weiter verstärkten Wettbewerbs und unserer nach wie vor sicherheitsorientierten Kapitalanlage- und Kreditvergabepolitik sind aus unserer Sicht die erzielten vertrieblichen und finanziellen Ergebnisse des Jahres 2024 zufriedenstellend.

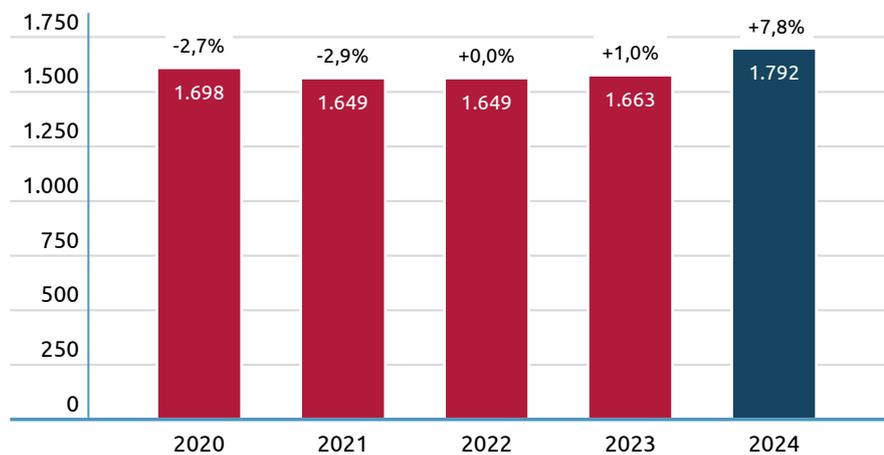
Wesentliche Geschäftszahlen in der Entwicklung (Vorjahreszahlen in Klammern)

Die Bilanzsumme erhöhte sich um +7,8% auf 1.792 Mio. € (1.663 Mio. €). Das bilanzielle Eigenkapital (inklusive Bilanz-

gewinn) betrug 63,8 Mio. € (63,8 Mio. €). Es belief sich somit auf rund 3,6% (3,8%) der Bilanzsumme.

Bilanzsummen

in Mio. €



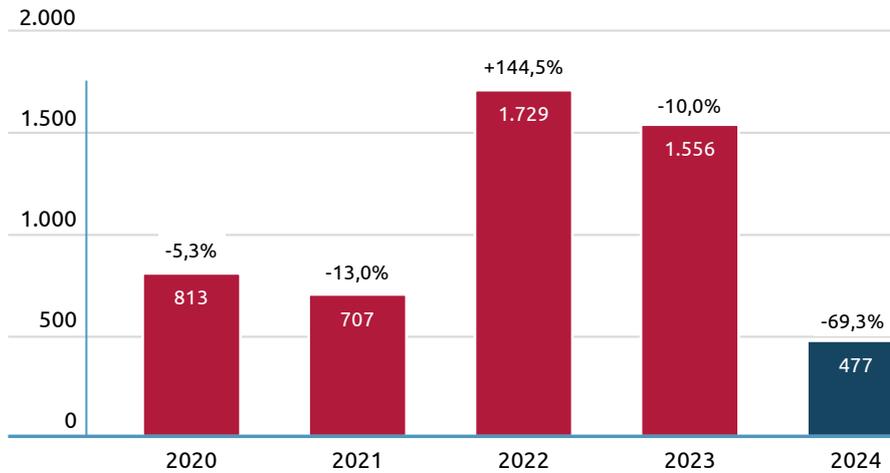
Neugeschäft

Beantragt wurden insgesamt 12.541 (23.949) neue Verträge mit einer Bausparsumme von 477,0 Mio. € (1.555,9 Mio. €). Dies entspricht einem Rückgang um 69,3 % bezogen auf die Bausparsumme.

Eingelöst wurden 13.779 (25.959) Verträge mit einer Bausparsumme von 613,6 Mio. € (1.865,2 Mio. €). Die durchschnittliche Bausparsumme der eingelösten Neuverträge stieg auf 44.465 € (71.850 €).

Beantragtes Neugeschäft

in Mio. € Bausparsumme



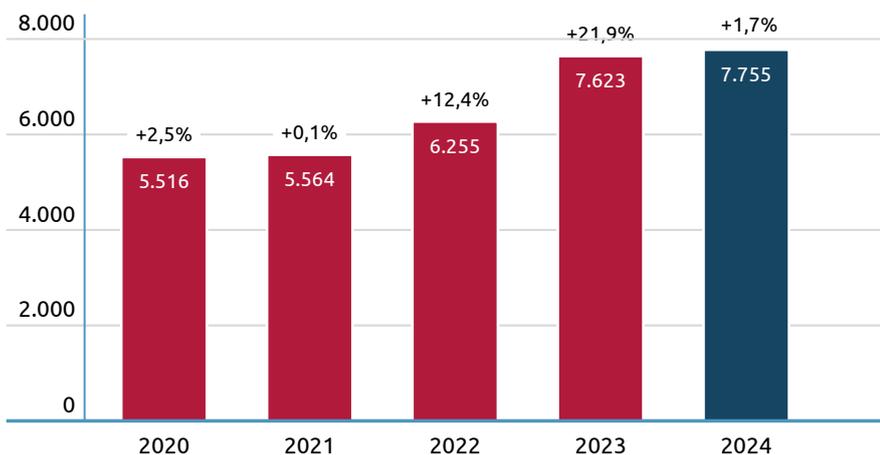
Vertragsbestand

Die Anzahl des nicht zugewiesenen und zugewiesenen Bestandes an Bausparverträgen verminderte sich zum Ende des Berichtsjahres auf 159.802 (170.081) mit einer gestiegenen

Bausparsumme auf 7.755 Mio. € (7.623 Mio. €). Die Bausparsumme aller nicht zugewiesenen Verträge reduziert sich um 0.216 Mio. € auf 7.494 Mio. €.

Vertragsbestand

in Mio. € Bausparsumme



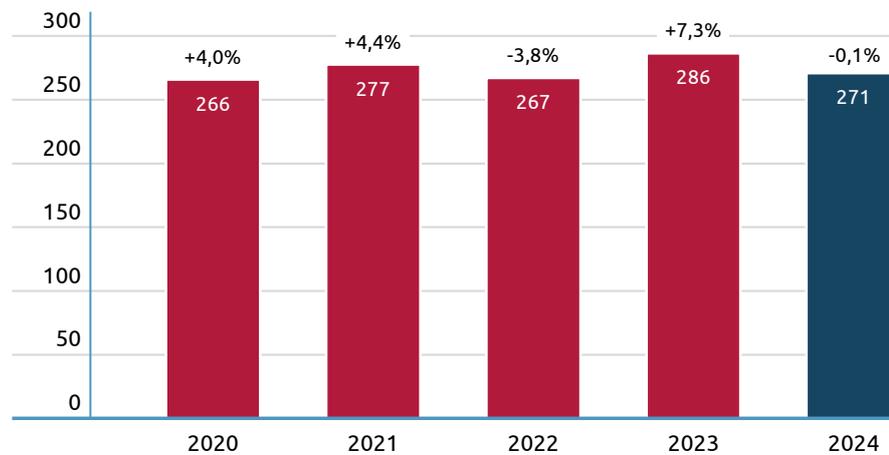
Spar- und Tilgungsaufkommen

Die gesamten Spar- und Tilgungszahlungen einschließlich gutgeschriebener Wohnungsbauprämien und Zinsen beliefen sich auf 270,7 Mio. € (286,2 Mio. €).

Auf Sparbeträge entfielen 249,3 Mio. € (267,8 Mio. €) und auf Tilgungsbeträge 21,4 Mio. € (18,4 Mio. €).

Spar- und Tilgungsaufkommen

in Mio. €



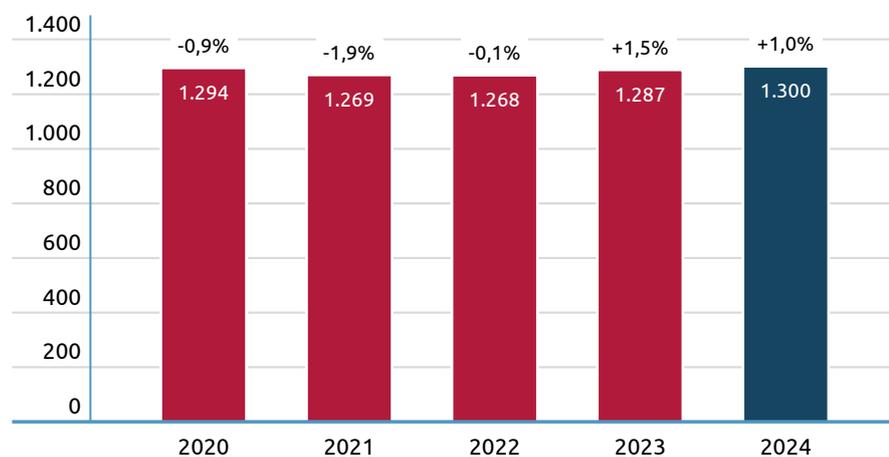
Bauspareinlagen

Der Bestand an Bauspareinlagen stieg um 12,7 Mio. € (19,3 Mio. €) auf 1.299,7 Mio. € (1.287,0 Mio. €).

Der Anteil der Bauspareinlagen an der Bilanzsumme betrug 72,2% (77,3%).

Bauspareinlagen

in Mio. €



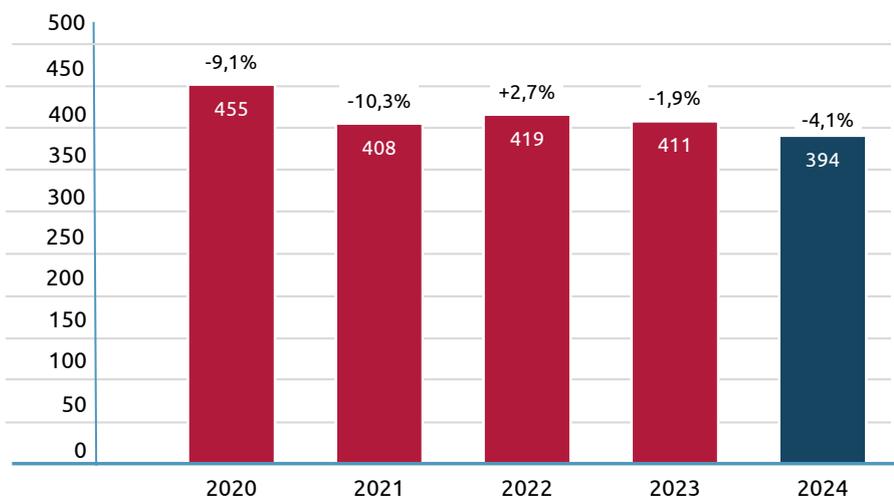
Zuteilungen und Zuteilungsmasse

Im Berichtszeitraum wurden 20.681 (22.765) Verträge mit einer Bausparsumme von 393,7 Mio. € (411,0 Mio. €) zugeteilt. Der Zuteilungsmasse konnten 249,4 Mio. € (286,2 Mio. €) zugeführt werden.

Die Entnahmen beliefen sich auf 285,5 Mio. € (287,6 Mio. €). Danach ist der Überschuss der Zuführungen mit 1.184,1 Mio. € gegenüber dem Vorjahr um 1,23 % gesunken.

Zuteilungen

in Mio. € Bausparsumme



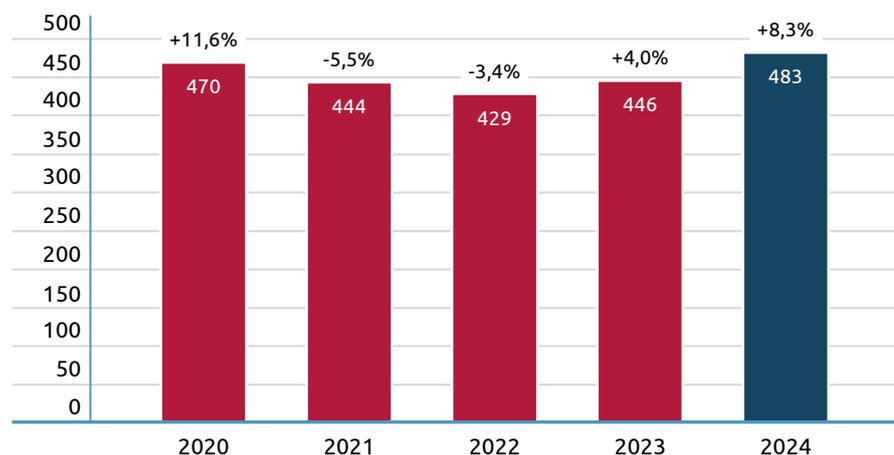
Auszahlungen

Insgesamt wurden 482,6 Mio. € ausgezahlt (446,3 Mio. €), hiervon entfielen 285,6 Mio. € (287,6 Mio. €) auf zugeteilte Verträge einschließlich vorzeitiger Auflösungen sowie

116,2 Mio. € (93,1 Mio. €) auf Vor- und Zwischenfinanzierungskredite und 80,8 Mio. € (65,6 Mio. €) auf sonstige Bau-darlehen.

Auszahlungsleistungen

in Mio. €



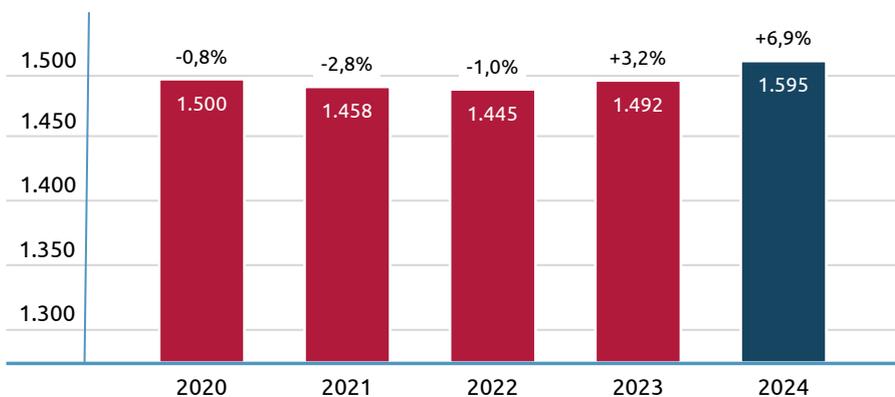
Baudarlehen

Der Bestand an Baudarlehen (Bauspardarlehen, Vor- und Zwischenfinanzierungskredite und sonstige Baudarlehen) stieg um 102,9 Mio. € (46,9 Mio. €) auf 1.595 Mio. € (1.492 Mio. €).

Der Anteil der Baudarlehen an der Bilanzsumme betrug damit rund 89 % (90 %).

Baudarlehen

in Mio. €



Geldanlagen

Die Bestände an Geldanlagen (Barreserve, Forderungen an Kreditinstitute, Schuldscheindarlehen an Nichtbanken und Inhaberpapiere) stiegen um 31,9 Mio. € auf 181,0 Mio. €. Die Anlagen erfolgten ausschließlich nach den strengen Vorgaben des § 4 Abs. 3 BauSparkG.

Die Inhaberschuldverschreibungen wurden wie im Vorjahr wie Anlagevermögen bewertet.

Geldaufnahmen

Neben der kongruenten Refinanzierung der Programmdarlehen durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau sind 30,0 Mio. € durch vier emittierte Hypothekendarlehen aufgenommen.

Kapitalstruktur

Das gezeichnete Kapital sowie die Kapital- und Gewinnrücklagen belaufen sich zum Jahresende auf 63,8 Mio. € (Vorjahr 63,8 Mio. €). Das gezeichnete Kapital mit 8,8 Mio. € sowie die Kapitalrücklage mit 49,1 Mio. € sind gegenüber dem Vorjahr unverändert, ebenso die Gewinnrücklagen mit 5,9 Mio. €. Die Reserve nach § 340g HGB (Fonds für allgemeine Bankrisiken) wurde um 3,6 Mio. € reduziert und beträgt 6,3 Mio. €.

Zum Stichtag 31.12.2024 wurde eine Gesamtkapitalquote von 24,70 % (29,30 %) sowie eine Leverage Ratio von 4,15 % (4,80 %) ermittelt.

Liquiditätslage

Die Alte Leipziger Bauspar AG konnte ihren Zahlungsverpflichtungen im Berichtsjahr jederzeit nachkommen. Die aufsichtliche Liquiditätskennziffer LCR (Liquidity Coverage Ratio) überschreitet stets den Wert von 100,0%.

Ertragslage

Der Zinsüberschuss stieg auf 22,9 Mio. € (Vorjahr 20,8 Mio. €). Die Gesamtmenge als Verhältnis des Zinsüberschusses zum durchschnittlichen Bilanzvolumen (auf Basis der Monatsultimostände) lag damit bei 1,32 % (1,23 %).

Durch die Fortführung der Bestandsmaßnahmen in höherverzinsten Bausparverträgen konnte die durchschnittliche Grundverzinsung der Bausparguthaben gegenüber dem Vorjahr nochmals um 0,10 % auf 0,56 % gesenkt werden.

Das Provisionsergebnis verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr (– 5,5 Mio. €) auf – 4,0 Mio. €, ursächlich ist das schwache Bausparneugeschäft im Geschäftsjahr.

Die Verwaltungsaufwendungen (inkl. AfA) stiegen gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 10,1 % auf 22,4 Mio. € (Vorjahr 20,8 Mio. €). Wesentliche Gründe hierfür lagen in den gestiegenen Personalkosten und Aufwendungen für externe Beratung.

Im Kreditgeschäft trugen wir allen erkennbaren Risiken angemessen Rechnung. Der Nettoaufwand der Einzelwertberichtigungen entwickelte sich geringfügig niedriger als erwartet. Die Pauschalwertberichtigungen wurden im Berichtsjahr nach den Vorgaben des IDW RS BFA 7 im Bewertungsvereinfachungsverfahren ermittelt. Die Höhe der Risikovorsorge für latente Ausfallrisiken wurde im Vergleich zum Vorjahr deutlich erhöht. Für Details zur genutzten Methode verweisen wir auf den Anhang zum Jahresabschluss. Insgesamt betrug die Netto-Zuführung aus der Risikovorsorge 1,1 Mio. € (Vorjahr Ertrag 0,6 Mio. €).

Trotz des steigenden Zinsniveaus und eines verbesserten Zinsergebnisses ist die Ertragslage weiterhin nicht auskömmlich. Es konnte im operativen Geschäft kein positives Ergebnis erreicht werden.

Zur Stützung des Ergebnisses wurden 3,6 Mio. € dem Fonds für allgemeine Bankrisiken entnommen.

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Maßnahme und des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr belief sich der Bilanzgewinn zum 31. Dezember 2024 auf 48,1 Tsd. € (Vorjahr 44,3 Tsd. €).

Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Die Steuerung der Bausparkasse erfolgte weitestgehend über Neugeschäftskennzahlen in der Baufinanzierung, Rentabilitätsbetrachtungen, den Verwaltungsaufwand, Nachhaltigkeitszielen sowie Kennziffern zur Sicherheit/Risikotragfähigkeit.

Das außerkollektive Baufinanzierungs-Neugeschäft erreichte zum Jahresende 2024 ein Volumen von 197,2 Mio. € (+ 52,2 % gegenüber Vorjahr oder + 67,6 Mio. €). Der Planwert von 190,0 Mio. € wurde überschritten. Für das Folgejahr erwarten wir einen Anstieg auf 200 Mio. €.

Der Geldeingang setzt sich zusammen aus dem Spar- und dem Tilgergeldeingang. Der Planwert von 302,2 Mio. € wurde zum 31.12.2024 mit 263,5 Mio. € um 38,7 Mio. € oder – 12,8 % unterschritten. Im Vergleich zum Vorjahr reduzierte er sich um 14,2 Mio. € oder – 5,1 %. Für das Folgejahr erwarten wir einen Geldeingang in Höhe von 308,0 Mio. €.

Im Zusammenhang mit der weiter gültigen Wachstumsstrategie behalten wir für das Folgejahr das außerkollektive Baufinanzierungsneugeschäft und den Geldeingang als Zielgrößen bei.

Im Zinsergebnis wurden die geplanten 24,0 Mio. € mit dem Jahresendwert 22,9 Mio. € nicht erreicht. Gegenüber dem Vorjahr konnte eine Steigerung um 4,5 Mio. € realisiert werden, im Geschäftsjahr 2025 soll das Zinsergebnis auf 26,8 Mio. € ansteigen.

Der geplante Personal- und Sachaufwand in Höhe von 21,5 Mio. € wurde operativ mit 22,8 Mio. € verfehlt. Gegenüber dem Vorjahreswert von 20,3 Mio. € erfolgte eine Steigerung um 12,0 %. Zum 31.12.2025 gehen wir von einem Aufwand in Höhe von 22,3 Mio. € aus.

Auf Basis der Konzernnachhaltigkeitsstrategie wurde der Anteil an nachhaltigen Kundenfinanzierungen gem. Taxonomieverordnung im außerkollektiven Kredit-(Neu-)Geschäft gegenüber dem Vorjahr um 118,8 % gesteigert (Zielwert war mindestens 10 %). Auch in 2025 soll dieser Wert weiter gesteigert werden.

Erklärung über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Wir erklären hiermit, dass unsere Gesellschaft im Geschäftsjahr 2024 nach den Umständen, die uns in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem Rechtsgeschäfte mit der Alte Leipziger Holding Aktiengesellschaft, Oberursel (Taunus), oder einem mit ihr verbundenen Unternehmen vorgenommen wurden, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhielt.

Maßnahmen auf Veranlassung oder im Interesse der Alte Leipziger Holding Aktiengesellschaft oder eines mit ihr verbundenen Unternehmens, die uns benachteiligt haben, hat unsere Gesellschaft weder getroffen noch unterlassen.

Erklärung zur Unternehmensführung über die Teilhabe von Frauen an Führungspositionen

Mit dem Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im Öffentlichen Dienst von 2015, abgelöst durch das Gesetz zur Ergänzung und Änderung der Regelungen für die teilberechtigte Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst (FüPoG II) soll der Anteil von Frauen an Führungspositionen signifikant gesteigert und letztlich eine Geschlechterparität erreicht werden.

Die Alte Leipziger Bauspar AG hat – als mitbestimmungspflichtiges, aber nicht börsennotiertes Unternehmen – den gesetzlichen Vorgaben entsprechend die nachstehend genannten verbindlichen Zielgrößen für die Erreichung des Frauenanteils festgelegt:

Aufsichtsrat:	33,0 %
Vorstand:	16,7 % *
Erste Führungsebene:	14,3 %
Zweite Führungsebene:	36,4 %

* Die verbindliche Zielgröße für die Erreichung des Frauenanteils im Vorstand liegt derzeit unter Berücksichtigung der bestehenden Vertragslage bei 0 %. Bei einer Neubestellung des Vorstands legt der Aufsichtsrat einen hohen Maßstab an das Anforderungsprofil künftiger Vorstandsmitglieder an. Aufgrund der Tatsache, dass der Vorstand der Alte Leipziger Bauspar AG aus lediglich zwei Personen besteht, soll bei der Auswahl eines passenden Vorstandsmitglieds

jedoch nicht primär die Verpflichtung zur Erfüllung einer verbindlichen Zielgröße im Vordergrund stehen. Vielmehr soll der Fokus insbesondere auf Fachkenntnissen und Sachkunde liegen.

Als Termin für die Zielerreichung wurde der 30. 06. 2027 festgelegt.

Nachhaltigkeitsbericht

Die Alte Leipziger Lebensversicherung erstellt einen für das Mutterunternehmen und den Alte Leipziger Konzern eine nichtfinanzielle Konzernenerklärung gemäß §§ 341a i. V. m. 289b und 341j i. V. m. 315b HGB unter teilweiser Verwendung der European Sustainability Reporting Standards (ESRS). Die Alte Leipziger Bauspar AG verzichtet deswegen auf eine eigene Berichterstellung.

Der Bericht wird vom Aufsichtsrat der Alte Leipziger Lebensversicherung geprüft und im Auftrag des Aufsichtsrats der Alte Leipziger Lebensversicherung von der PricewaterhouseCoopers GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, in Übereinstimmung mit dem International Standard on Assurance Engagements (ISAE) 3000 (Revised): „Assurance Engagements other than Audits or Reviews of Historical Financial Information“ zum Zwecke der Erlangung einer begrenzten Prüfungssicherheit (Limited Assurance Engagement) bezüglich der gemäß §§ 341a Abs.1a i. V. m. 289b bis 289e und 341j Abs. 4 i. V. m. 315b, 315c HGB gesetzlich geforderten Angaben geprüft. Der Bericht wird als Bestandteil des Geschäftsberichts des Alte Leipziger Konzerns auf der Unternehmensseite veröffentlicht unter https://www.alh.de/geschaeftsbericht_al_konzern_2024.pdf.

Risikomanagement

Übergeordnetes Ziel des Risikomanagementsystems ist die Kontrollierbarkeit notwendiger geschäftsinhärenter Risiken und die Vermeidung bestands- und/oder entwicklungsgefährdender Risiken unter der betriebswirtschaftlichen Zielsetzung, eine profitable nachhaltige Unternehmensentwicklung zu bewirken. Die Risikomanagementprozesse der Alte Leipziger Bauspar AG gewährleisten, dass Risiken frühzeitig erkannt, vollständig erfasst und in angemessener Weise bewertet werden.

Der Gesamtvorstand ist verantwortlich für die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation und damit für die Umsetzung und Einhaltung der regulatorischen Vorschriften. Diese

Verantwortung bezieht sich unter Berücksichtigung der ausgelagerten Aktivitäten und Prozesse auf alle wesentlichen Elemente des Risikomanagements, dessen Wirksamkeit und Angemessenheit.

Die unabhängige Risikocontrolling-Funktion gem. MaRisk übernimmt die Leitung des Referats Strategisches Risikomanagement. Mit dieser Funktion ist die sachgerechte Wahrnehmung der Risikomanagementaufgaben verbunden.

Der direkt dem Gesamtvorstand berichtspflichtiger Bereich der Internen Revision ist in die laufende Funktions- und Angemessenheitsprüfung des Risikomanagementsystems eingebunden, soweit es Maßnahmen in Bezug auf das Risikomanagement betrifft, und damit Teil des internen Kontrollsystems.

Die Compliance-Funktion wird durch den Konzern-Compliance Officer wahrgenommen, der auch im Interesse der Bausparkasse tätig ist. Jede Konzerngesellschaft unterhält zudem die Funktion des Compliance-Beauftragten, die gesellschaftsindividuelle Compliance-Aufgaben wahrnimmt. Diese wird bei der Bausparkasse durch die Leitung des Bereichs Recht/Zentrale Stelle ausgefüllt. Das Compliance-Komitee unterstützt und berät den Compliance-Officer bei seinen Aufgaben.

Es sind diverse bankinterne Beratungs- und Entscheidungsgremien mit Verantwortlichkeiten im Rahmen des Risikomanagements eingerichtet. Dies sind einerseits die Ausschüsse des Aufsichtsrats zu den Themen Personal, Kapitalanlage, Produkte und Prüfung, andererseits der Risikoausschuss sowie die Expertengremien Risikoinventur, Zinsprognose, und IRB und Nachhaltigkeit. Zusätzlich wurde die Funktion eines Auslagerungs- und Nachhaltigkeitsbeauftragten sowie eines Strategie-Koordinators etabliert.

Der Risikoausschuss fungiert als fachübergreifendes Gremium. Zentrale Aufgabe ist die Beratung des Gesamtvorstands bei seiner Entscheidungsfindung zu risikorelevanten Themen. Dazu gehören die Bewertung der aktuellen Risikosituation, das Ableiten von möglichen Maßnahmen der Risikosteuerung und die konzeptionelle Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems.

Hinsichtlich der aufbau- und ablauforganisatorischen Umsetzung der Funktionstrennung differenziert die Alte Leipziger Bauspar AG anhand der Kriterien der Höhe des

Kreditengagements und des Risikogewichts zwischen nicht risikorelevantem und risikorelevantem Geschäft. Diese Unterscheidung wird über die Prozessdefinitionen und die Kompetenzzuordnung nachgezeichnet.

Im Jahr 2008 hat die Bausparkasse die IRB-Zulassung erhalten. Die Zulassung bezieht sich auf die Verwendung eigener Schätzungen von Ausfallwahrscheinlichkeiten, Verlustquoten und Konversionsfaktoren innerhalb des Ratingsystems mit Nutzung für das Mengengeschäft an Baudarlehen. Für die restliche Portfolioteile wird der Kreditrisiko-Standardansatz (KSA) genutzt.

Bei der Kapitalanlage kommt den Aspekten Sicherheit, Fungibilität, Risikodiversifikation sowie Fälligkeitsstruktur eine übergeordnete Bedeutung zu. Nachhaltigkeit, Umwelt-, Sozial- und Governance-Faktoren sind dabei zusätzlich ein integraler Bestandteil der Investitionsentscheidungen.

Die Alte Leipziger Bauspar AG lebt eine Risikokultur, die die Identifizierung und den bewussten Umgang mit Risiken fördert und sicherstellt, dass Entscheidungsprozesse zu Ergebnissen führen, die auch unter Risikogesichtspunkten ausgewogen sind.

Die Rahmenbedingungen für ein ordnungsgemäßes Risikomanagementsystem werden durch Grundsätze der Risikopolitik vorgegeben. Diese Vorgaben stärken das bereichsübergreifende Bewusstsein für Risiken und fordern jeden Mitarbeiter zum situativen risikoorientierten Handeln auf.

Im Risikomanagementkreislauf werden vier Phasen unterschieden: Risikoidentifikation, Risikobewertung, Risikosteuerung und Risikokontrolle.

Risikoidentifikation

Zur Identifikation relevanter Risiken und zur Beurteilung deren Wesentlichkeit wird regelmäßig und ggfs. anlassbezogen eine Risikoinventur durchgeführt, um ein Gesamtrisikoprofil zu erstellen.

Als ein weiteres Werkzeug der Risikoidentifikation hat die Alte Leipziger Bauspar AG einen Neu-Produkte-Prozess etabliert. Dieser sieht als festen Bestandteil eine Risikoanalyse vor dem Start von Geschäftsaktivitäten in neuen Produkten oder auf neuen Märkten vor.

Im Zuge des Prüf- und Bewertungsprozesses für Auslagerungen beschäftigt sich das Unternehmen mit den Risiken, die die Beauftragung externer Partner mit Dienstleistungen mit sich bringen.

Risikobewertung

Für jede wesentliche Risikoart wurden Risikoindikatoren festgelegt, die Frühwarn- und/oder Überwachungscharakter haben. Auch werden Steuerungsgrößen als Risikoindikatoren geführt. Ziel ist es, einerseits Risikoindikationen für die zu erwartenden Bewegungen in der Risikostruktur aufzuzeigen und andererseits ergänzende Impulse zur Konkretisierung von Handlungsmaßnahmen zu liefern. Die Intensität der resultierenden Konsequenzen leitet sich aus einer Ampellogik ab.

Die Angemessenheit des Kapitals wird über drei Komponenten sichergestellt: Die Risikotragfähigkeit in der ökonomischen Perspektive, in der normativen Perspektive und perspektivenübergreifend innerhalb des Stresstestprogramms. Die normative und ökonomische Perspektive haben grundsätzlich den gleichen steuerungsrelevanten Stellenwert.

Normative Perspektive (Kapitalplanung)

Mittels der normativen Perspektive wird die Fähigkeit zur Einhaltung der regulatorischen Mindestkapitalanforderungen in einem angelegten Planungszeitraum nachgewiesen. Ziel der Kapitalplanung ist es, etwaigen Kapitalbedarf in einem möglichst frühen Stadium zu identifizieren und frühzeitig geeignete Maßnahmen einzuleiten. Die relevanten Steuerungsgrößen sind dementsprechend alle regulatorischen kapitalbezogenen Kennziffern. Die in der normativen Perspektive anzuwendenden Verfahren zur Risikoquantifizierung ergeben sich direkt aus den Anforderungen der CRR an die risikogewichteten Positionsbeträgen für Kredit- und operationelle Risiken sowie an die Zusammensetzung der Eigenmittel.

Das Basisszenario beinhaltet die Erwartungshaltung für den Planungszeitraum und reflektiert erwartete Veränderungen der Geschäftstätigkeit und der strategischen Ziele unter Beachtung möglicher Veränderungen des Markt- und Wettbewerbsumfelds. Zusätzlich wird möglichen negativen Abweichungen vom geplanten zukünftigen

Geschäftsverlauf im Rahmen der Simulation von adversen Entwicklungen Rechnung getragen.

Zum Stichtag 31. Dezember 2024 wurde eine Gesamtkapitalquote von 24,7 % (29,4 %) sowie eine Leverage Ratio von 4,2 % (4,8 %) ermittelt. Beide Kennzahlen liegen signifikant über den Mindestanforderungen. Die Großkreditobergrenzen wurden eingehalten.

Ökonomische Perspektive (Risikotragfähigkeit i.e.S.)

Zielsetzung der ökonomischen Perspektive ist die Sicherstellung der Abdeckung aller wesentlichen Risikopotenziale durch das verfügbare Risikodeckungspotenzial.

Die Bausparkasse strebt hierbei eine wertorientierte Ableitung von Risiken und Risikodeckungspotenzial an. Im Rahmen der Methodenfreiheit werden geeignete Messverfahren genutzt, die eine ausreichende Genauigkeit mit einer für das Institut angemessenen Komplexität austarieren und den Grundsatz der Proportionalität reflektieren.

Die relevante Steuerungsgröße ist die Beanspruchung der bereit gestellten Risikodeckungsmasse durch den Gesamtrisikobeitrag. Zusätzlich werden die Risikobeiträge der einzelnen Risiken durch eine entsprechende Allokation der Risikodeckungsmasse in Form von Risikolimiten überwacht.

Risikokonzentrationen werden berücksichtigt, indem von einem gleichzeitigen Eintritt aller Risiken ausgegangen wird. Auf die Abbildung von Diversifikationseffekten zwischen den Risikoarten wird verzichtet. Mögliche Klumpenrisiken sind im Zusammenhang mit den operationellen Risiken, dem Bestandsaufbau durch die Wachstumsstrategie und Auswirkungen der Zinswende auf das Zinsergebnis, den Marktwert der Kapitalanlagen, das Potenzial gedeckter Geldaufnahme sowie der zinsinduzierten Verhaltensparameter der Bauspartechnik zu sehen.

Auch in der ökonomischen Perspektive halten wird ein Normalszenario vor und untersuchen negative Entwicklungen auf die Risikotragfähigkeit in Form von Stressszenarien.

Als Risikodeckungspotenzial steht in der ökonomischen Perspektive 198 Mio. € (210 Mio. €) bereit. Die Auslastung per 31. Dezember 2024 lag bei 21,1 % (22,0 %).

Stresstestprogramm

Übergreifendes Element des Risikotragfähigkeitskonzepts ist das Stresstestprogramm. Zur Analyse der Auswirkungen außergewöhnlicher, aber plausibel möglicher Ereignisse werden regelmäßig und anlassbezogen Stresstests durchgeführt.

Mit Hilfe der implementierten Stresstests wird überprüft, ob die Risikotragfähigkeit in beiden Perspektiven unter ungünstigen ökonomischen Rahmenbedingungen weiterhin sichergestellt werden kann.

Die Ausgestaltung der Stresstests steht im Einklang mit der Komplexität und Risikoexponierung. Der Konzeption nach bilden übergreifende Szenariodefinitionen die Basis für die normative und die ökonomische Perspektive, sodass eine inhaltliche Konsistenz erreicht wird.

Sie bilden sowohl institutseigene als auch marktweite Ursachen ab, deren Wirkungszusammenhänge auf die identifizierten Stellhebel übersetzt werden.

Risikosteuerung

Die Risiko- und Kapitalsteuerung beschäftigt sich mit der Fragestellung, welche Maßnahmen durchzuführen sind, um die gemessenen und analysierten Risiken zu steuern bzw. Auffälligkeiten sachgerecht zu begegnen.

Die Operationalisierung erfolgt letztendlich durch eine konsistente Einbettung in die Planungsprozesse, ein standardisiertes Monitoring der Steuerungsgrößen sowie einen regelmäßigen Reporting Prozess mit klaren Verantwortlichkeiten und Eskalationsstufen. Maßnahmen werden im Bedarfsfall individuell bzw. situativ ausgearbeitet.

Risikokontrolle

Bei der Ausgestaltung des Berichtswesens legen wir auf Adressatengerechtigkeit, Nachvollziehbarkeit, Aussagekraft und Vollständigkeit Wert.

Die eingesetzten Modelle bilden komplexe Zusammenhänge der wirtschaftlichen Wirklichkeit vereinfachend ab. Potenziale für Modellrisiken werden durch einen zweistufigen Modellbewertungsprozess, bestehend aus den beiden

Komponenten Modellangemessenheitsprüfung und Modellrisikobewertung, ermittelt.

Alle Methoden, Modelle und Prozesse und darauf aufbauende Anwendungen sind mit eindeutigen Zuständigkeitsregelungen, technischen Standards und klaren Verantwortlichkeiten versehen.

Alle Ergebnisse, die Teil des Berichtswesens oder der Risikokommunikation sind, und auf deren Basis Entscheidungen getroffen werden, unterliegen einem Vier-Augen-Prinzip und damit einer Qualitätssicherung.

Zu Dokumentationszwecken wird eine der Komplexität des Unternehmens angemessene schriftlich fixierte Ordnung, die bei Veränderungen der Aktivitäten und Prozesse zeitnah angepasst wird, vorgehalten.

Die Risikomanagementprozesse werden mindestens jährlich sowie anlassbezogen bei sich ändernden Bedingungen auf ihre Angemessenheit überprüft.

Als wesentliche Risiken werden die Adressen-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken, die Ertragsrisiken im Kollektiv, Operationelle Risiken und Strategische Risiken identifiziert.

Adressenrisiken

Adressenrisiken beschreiben die Gefahr, dass Kreditnehmer bzw. Emittenten/Kontrahenten im Rahmen von Kapitalanlagegeschäften ihren vertraglichen Verpflichtungen nicht oder nicht vollständig nachkommen (Ausfallsrisiko), herein-genommene Sicherheiten während der Laufzeit teilweise oder ganz an Wert verlieren (Besicherungsrisiko) oder die Wahrscheinlichkeit hierfür durch Verschlechterung der Bonität steigt (Migrationsrisiko). Unterschieden werden die Ausprägungen Kreditrisiken und Emittentenrisiken. Das Emittentenrisiko umfasst auch den wesentlichen Risikobestandteil des Länderrisikos im Kapitalanlagegeschäft.

Nach Maßgabe des Bausparkassengesetzes ist ausschließlich eine Finanzierungstätigkeit für wohnungswirtschaftliche Maßnahmen zulässig. Die Alte Leipziger Bauspar AG konzentriert sich auf Endkunden, insbesondere auf die Zielgruppe der Privatkunden. Gewerbefinanzierungen werden nur in Einzelfällen hereingenommen.

Eine Kreditvergabe erfolgt nur für Privatkunden mit Wohnsitz und zu finanzierendem Objekt innerhalb Deutschlands in der Währung Euro.

Die angebotene Produktfamilie besteht aus Modernisierungsdarlehen, Eigentümerergänzungsdarlehen, Bauspardarlehen, Vorausdarlehen, Zwischenfinanzierungen und Annuitätendarlehen. Bestandteil des Angebots sind auch Riester-Bauspardarlehen und Riester-Vorausdarlehen sowie alle KfW-Darlehen der wohnwirtschaftlichen Förderprogramme. Die Kreditvergabe ist mit einem stringenten klar eingrenzbaeren Risikoprofil verbunden.

Kreditentscheidungen fußen im Mengengeschäft in der Regel auf Scoringverfahren, die eine individuelle Bewertung der Ausfallwahrscheinlichkeit und der Verlustrate beinhalten. Dieses IRBA-konforme Verfahren wird neben der Nutzung im Antragsverfahren auch als Bestandsscoring regelmäßig aktualisiert. Die Risikoklassifizierung basiert auf einem Gerüst an Risiko-determinierenden Merkmalen.

Rückständige Engagements sind bereits ab erster Mahnung Teil der Intensivbetreuung. Erkennbaren Ausfallrisiken wird durch die Bildung einer Risikovorsorge in Form von Einzelwertberichtigungen und Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen. Die Bildung einer Einzelwertberichtigung erfolgt bei Forderungsausfall auf Basis des unbesicherten Teils dieser Forderung. Hierzu werden die der Finanzierung zugrunde gelegten Sicherheiten neu bewertet, ein evtl. Blankoanteil der Forderung wird vollständig wertberichtigt. Die Berechnung der Pauschalwertberichtigungen erfolgt handelsrechtlich nach dem Standard im IDW RS BFA 7. Notleidende Forderungen werden abgeschrieben, wenn deren Uneinbringlichkeit feststeht.

Die Risikovorsorge 2024 beläuft sich auf 1,1 Mio. € und ist zum größten Teil bestimmt durch die Zuführung in den Pauschalwertberichtigungen.

Eine Kapitalanlage wird ausschließlich zur Zwischenanlage überschüssiger Kollektivmittel in Verbindung mit der Einhaltung der regulatorischen Anforderungen an die Liquiditätsdeckung betrieben. Das Produktportfolio sieht Geldanlagen (Tages- und Termingeldanlagen) und Anlagen in Wertpapieren (Inhaber-, Namenspapiere und Schuldscheindarlehen) vor.

Die Kapitalanlagen genügen besonders konservativen Standards. Zusätzlich zu den restriktiven gesetzlichen Vorgaben

sind weitere risikobegrenzende Elemente bezogen auf Ratings, Laufzeiten, Losgrößen, Länderzuordnungen, Währungen, sowie weiterhin einen Verzicht auf Emittentenkündigungsrechte, Einschränkungen an Soft Bullet-Strukturen sowie eine uneingeschränkte Liquidierbarkeit definiert. Umwelt-, Sozial- und Governance-Faktoren sind dabei zusätzlich ein integraler Bestandteil der Investitionsentscheidungen.

Der Risikobeitrag für das Kreditrisiko in der ökonomischen Perspektive wird mittels eines Value at Risks auf Basis eines Ein-Faktor-Asset Value-Modells ermittelt. Das Ausfallrisiko und das Besicherungsrisiko sind inhärenter Teil der Modellparametrisierung. Das Migrationsrisiko wird über eine Verschiebung der Ausfallwahrscheinlichkeiten abgebildet.

Der Risikobeitrag für das Emittentenrisiko in der ökonomischen Perspektive wird über einen Pauschalwertansatz ermittelt.

Der Risikowert für das Adressenrisiko wird zum 31. Dezember 2024 mit 10,0 Mio. € (8,6 Mio. €) bemessen. Hiervon entfallen 8,3 Mio. € (6,7 Mio. €) auf das Kreditrisiko und 1,6 Mio. € (1,9 Mio. €) auf das Emittentenrisiko.

In der normativen Perspektive werden die risikogewichteten Aktiva (RWA) für Wertpapiere nach dem KSA-Ansatz und für das Kreditgeschäft nach dem IRB-Ansatz ermittelt. Die RWA beliefen sich zum 31. Dezember 2024 auf 275,2 Mio. € (243,8 Mio. €). Hiervon entfallen 214,9 Mio. € (193,0 Mio. €) auf den IRB-Ansatz, 29,4 Mio. € (28,6 Mio. €) auf den BIA-Ansatz und 31,0 Mio. € (22,1 Mio. €) auf den KSA-Ansatz.

Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken beschreiben die Gefahr von Verlusten aufgrund von Veränderungen der Marktpreise im Sinne potenzieller negativer Veränderung der Positionswerte.

Da weder Geschäfte in Fremdwährung abgeschlossen noch mit Aktien oder aktienähnlichen Produkten gehandelt wird, werden die Ausprägungen Zinsänderungsrisiken und Credit Spread-Risiken unterschieden.

Zinsänderungsrisiken beschreiben die Gefahr marktzensinduzierter Abweichungen zukünftiger Zinsüberschüsse und

ggf. weiterer zinsabhängiger Ergebnisbestandteile von einem zuvor erwarteten Wert.

Das Zinsänderungsrisiko wird maßgeblich durch das Bausparkollektiv bestimmt, das durch eine branchentypische asymmetrische Risikoposition aufgrund der fixen Kollektivzinsen, der seiner Langfristigkeit geschuldeten allgemeinen Trägheit sowie ein in hohem Maße vom Marktzinsniveau abhängiges Kundenverhalten im Hinblick auf Darlehensinanspruchnahme und Neuabschlüsse charakterisiert ist.

Auswirkungen von Marktzinsveränderungen werden periodisch als auch barwertig betrachtet. Mögliche Steuerungsmaßnahmen ergeben sich aus der jeweils aktuellen Marktzinssituation und bestehen aus der kurzfristigen Aktiv-Passiv-Steuerung, wie der verstärkten Umsetzung fristenkongruenter Refinanzierung oder dem Einsatz von Derivaten zu Absicherungszwecken, und aus der langfristig ausgerichteten Kollektivpolitik.

Grundlage für das Kollektiv bildet ein einzelvertragsbasiertes, über Neugeschäfts- und Verhaltensparameter gesteuertes Kollektivsimulationsmodell. Das Kollektiv ist ein Teil der übergreifenden Zinsbindungsbilanz, die auch alle sonstigen aktiven, passiven und außerbilanziellen Bestände enthält, und nach verschiedenen modifizierten Zinsstrukturkurven differenziert wird.

Credit Spread-Risiken beschreiben die Gefahr von negativen Wertveränderungen im Wertpapierbestand aufgrund einer Veränderung der am Markt verlangten Credit Spreads für Papiere der jeweiligen Emittenten.

Alle Wertpapiere der Eigenanlage werden in der Regel bis zur Endfälligkeit gehalten und dem Anlagevermögen zugeordnet. Credit Spread-Risiken werden daher nur ergebniswirksam, wenn ein Wertpapier vor seiner Endfälligkeit veräußert wird. Verkäufe werden im lfd. Geschäftsbetrieb nur zur Ertragssteuerung durchgeführt.

Der Risikobeitrag für das Zinsänderungsrisiko in der ökonomischen Perspektive wird unter Verwendung einer Standard-Software in Form des periodischen Zinsergebnisses sowie mittels einer Delta-Barwertbetrachtung anhand diverser Zinsszenarien quantifiziert.

Der Risikobeitrag für das Credit Spread-Risiko in der ökonomischen wird mittels eines Value at Risks auf Basis einer historischen Simulation quantifiziert.

Der Risikowert für das Marktpreisrisiko wird zum 31. Dezember 2024 mit 19,1 Mio. € (17,2 Mio. €) bemessen. Hier-von entfallen 15,5 Mio. € (13,7 Mio. €) auf das Zinsrisiko und 3,6 Mio. € (3,4 Mio. €) auf das Credit Spread-Risiko.

Im normativen Steuerungskreis werden die Zinsrisiken mittels simulierter GuV-Größen in den adversen Szenarien berücksichtigt.

Liquiditätsrisiken

Liquiditätsrisiken beschreiben die Gefahr, eigene Zahlungsverpflichtungen nicht mehr uneingeschränkt erfüllen zu können, d.h. seinen gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht oder nicht vollständig bzw. fristgerecht nachkommen zu können. Hierunter werden die wesentlichen Risikobestandteile Zahlungsunfähigkeitsrisiken und Refinanzierungskostenrisiken verstanden.

Die baupartypischen Refinanzierungsoptionen gewährleisten hierbei eine ausreichende Diversifikation der Refinanzierungsquellen und der taggleich verfügbaren Liquiditätspuffer.

Ziel des Liquiditätsrisikomanagements ist es, die möglichen künftigen Liquiditätsengpässe rechtzeitig zu erkennen, entsprechende Steuerungsmaßnahmen vorzubereiten und zu ergreifen. Vorsorge wird dabei in zweierlei Hinsicht getroffen. Einerseits wird sichergestellt, dass freie Liquiditätspotenziale in ausreichender Höhe zur Schließung möglicher Liquiditätslücken zur Verfügung stehen und andererseits wird berücksichtigt, dass die Inanspruchnahme freier Liquiditätspotenziale zur Schließung dieser Liquiditätslücken mit einer zusätzlichen tragbaren GuV-Belastung verbunden ist.

Um auf unerwartete Geldabflüsse kurzfristig reagieren zu können, wird auf eine angemessene Fungibilität der Wertpapiere geachtet.

Zudem werden die Inhaberschuldverschreibungen im Dispositionsdepot der Deutschen Bundesbank geführt. Hierdurch besteht jederzeit die Möglichkeit, sowohl am Offenmarktgeschäft teilzunehmen als auch die Spitzenrefinanzierungsfazilität zu nutzen.

Die Simulation des Bausparkollektivs wird mittels einer zertifizierten Software durchgeführt, mit der die Konsequenzen unterschiedlichster Verhaltensweisen von Bausparern für die Liquidität determinierende Parameter ermittelt werden können.

Die LCR-Quote lag während des Berichtsjahres zwischen 107,8 % und 218,1 % bzw. per 31. Dezember 2024 bei 146,8 % (198,2 %). Die für die LCR aufsichtsrechtlich geforderte Mindestgröße von 100 % wurde im gesamten Jahresverlauf deutlich übertroffen.

Der Risikobeitrag für das Refinanzierungskostenrisiko in der ökonomischen Perspektive wird über eine Bemessung der potenziellen Kosten der Schließung von Liquiditätslücken durch Inanspruchnahme freier Liquiditätspotenziale quantifiziert.

Der Risikowert für Liquiditätskostenrisiko zum 31. Dezember 2024 wird mit 3,1 Mio. € (12,6 Mio. €) bemessen. Der Überlebenshorizont liegt bei mindestens 5 Jahren. Die Zahlungsfähigkeit ist auf Grund ausreichender Liquiditätsreserven gesichert. Im normativen Steuerungskreis werden Refinanzierungsrisiken mittels simulierter GuV-Beiträge in den adversen Szenarien berücksichtigt.

Das kurzfristige Zahlungsunfähigkeitsrisiko wird außerhalb der Risikotragfähigkeit gemessen.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken beschreiben die Gefahr von Verlusten, die durch die Unangemessenheit oder das Versagen von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder durch externe Ereignisse verursacht werden, einschließlich Rechtsrisiken. Darunter werden Personalrisiken, Datenverarbeitungsrisiken, Auslagerungsrisiken, Projektrisiken und Risiken aus höherer Gewalt sowie die für uns wesentlichen Risikobestandteile System-/Informationssicherheits-/Technologierisiken, Rechts-/Compliance-/Kriminalitätsrisiken und Geschäftsprozess-/Organisationsrisiken verstanden.

Die Alte Leipziger Bauspar AG begegnet den unterschiedlichen Ausprägungen des operationellen Risikos durch vielfältige aufbau- und ablauforganisatorische Schutzmaßnahmen sowohl auf Ebene der einzelnen Geschäftsbereiche als auch geschäftsbereichsübergreifend. Zentrale Elemente sind hierbei die konsequente Erfassung

aller relevanten Schadensereignisse und damit verbundene Schadensaufwände in einer Schadensfallsammlung sowie eine Prognose des Schadenspotenzials in Form von Szenarioanalysen.

Rechtsrisiken bilden wir im Risikobeitrag für das operationellen Risiko in der ökonomischen Perspektive durch einen entsprechend konzentrierte Schadensnachverfolgung in der hierfür relevanten Schadensfallsammlung ab. In der normativen Perspektive wirkt sich das GuV-wirksame Schadenspotenzial direkt im Ergebnis aus. In beiden Perspektiven werden über die Erwartungshaltung hinausgehende Potenziale über das Stresstestprogramm modelliert. Der derzeitige Stand der Rechtsprechung spiegelt sich in der aktuellen Risikobewertung wider. Risikorelevante Entwicklungen, die ggfs. einen höheren Risikobeitrag indizieren, sind Teil unserer laufenden Überwachung.

Der Risikobeitrag für das operationelle Risiko in der ökonomischen Perspektive wird mittels des Basisindikatorenansatzes berechnet, der über die historische Schadenserfahrung in Verbindung mit dem prognostizierten zukünftigen Verlustpotenzial einer Validierungshandlung unterzogen wird.

Der Risikowert für das operationelle Risiko per 31. Dezember 2024 wird mit 3,8 Mio. € (2,5 Mio. €) bemessen. Im normativen Steuerungskreis wird die aufsichtsrechtlich geforderte Eigenkapitalunterlegung unter Anwendung des BIA zu Grunde gelegt.

Ertragsrisiken im Kollektiv

Ertragsrisiken im Kollektiv beschreiben die Gefahr nicht ausreichend hoch gebildeter Rückstellungen im Kollektivgeschäft, die für die Inanspruchnahme von Zinsboni und die Abschlussgebührenrückerstattung gebildet werden.

Die Alte Leipziger Bauspar AG versteht darunter die wesentlichen Risikobestandteile der Inanspruchnahme von Zinsboni.

Ursächlich für das Risiko sind potenzielle nicht vorhersehbare Veränderungen im Kundenverhalten, die dazu führen können, dass die für die Bemessung der Rückstellungen relevanten Verhaltensparameter unterschätzt wurden.

Für eine möglichst korrekte Prognose der Ausübung der Optionsrechte der Bausparer werden beobachtete Entwicklung des Sparverhaltens, der Darlehensverzichter und der Kündigungsquote ausgewertet und in regelmäßige Kollektivsimulationen integriert. Diese ist die Grundlage für die jährliche Rückstellungsbildung für Zinsboni.

Zur Steuerung der Ertragsrisiken im Kollektiv wird grundsätzlich zwischen langfristig wirksamen Tarifänderungen für Neuabschlüsse und kurzfristig wirksamen Bestandseingriffen unterschieden. Des Weiteren können die Einforderung des Regelsparbeitrags in Verbindung mit der Kündigung von Besparungsabbrechern oder auch die verstärkte Ablehnung von Sonderzahlungen oberhalb des Regelsparbeitrags als Steuerungsmaßnahmen eingesetzt werden.

Der Risikobeitrag für das Ertragsrisiko im Kollektiv in der ökonomischen Perspektive wird über Szenarien in Form einer unerwarteten Erhöhung der geplanten Rückstellungsverbräuche quantifiziert.

Der Risikowert für das Ertragsrisiko im Kollektiv per 31. Dezember 2024 wird mit 0,7 Mio. € (1,2 Mio. €) bemessen. Im normativen Steuerungskreis werden Ertragsrisiken im Kollektiv mittels simulierter Bildung von Zinsbonusrückstellungen in den adversen Szenarien berücksichtigt.

Strategische Risiken

Strategische Risiken beschreiben die Gefahr einer nachteiligen, vom erwarteten Ergebnis abweichenden Geschäftsentwicklung in Folge geschäftspolitischer Grundsatzentscheidungen, fehlender Anpassungsfähigkeit oder aufgrund unerwarteter Veränderungen wirtschaftlicher oder sonstiger externer Marktbedingungen systemischer oder makroökonomischer Herkunft.

Für die Alte Leipziger Bauspar AG sind die wesentlichen Risikobestandteile Geschäftsmodellrisiken, Vertriebsrisiken, makroökonomische Risiken und Eigenkapital-/Verschuldungsrisiken.

Aufgrund des im Bausparkassengesetz statuierten Geschäftsmodells unterliegen gelten strenge Rahmenbedingungen, die die Möglichkeiten der Diversifikation der Ertragsstruktur determinieren.

Das Risiko, die in die Vertriebsplanung eingearbeiteten Neugeschäftsziele nicht erreichen zu können oder die Weiterentwicklung des Geschäftsmodells im Zuge sich verändernder Rahmenbedingungen zu verfehlen, ist ein Kernrisiko einer vertriebsorientierten Bank.

Um eine ausgewogene Zusammensetzung des Eigenkapitals hinsichtlich seiner Höhe und Art in Verbindung mit den Kosten einer potenziellen strukturellen Korrektur zu gewährleisten, wird eine integrierte Ertrags-, Kapital- und Refinanzierungsplanung erstellt, die Szenario-basierte Prognosen aller wichtigen ökonomischen Steuerungsgrößen und regulatorischer Kennziffern liefert.

Der Risikobeitrag für das strategische Risiko in der ökonomischen Perspektive bemisst sich anhand einer Analyse von historischen Plan-Ist-Abweichungen des Zins- und Provisionsergebnisses.

Der Risikowert das strategische Risiko per 31. Dezember 2024 wird mit 5,0 Mio. € (4,1 Mio. €) bemessen. Der Risikoansatz geht mit einer Substanzwertbetrachtung anhand der Analyse von historischen Plan-Ist-Abweichungen einher. Im normativen Steuerungskreis werden strategische Risiken gesamthaft mittels simulierter adverser Geschäftsentwicklung in Form einer GuV- und Bilanzfortschreibung berücksichtigt.

Das Eigenkapital-/Verschuldungsrisiko wird außerhalb der Risikotragfähigkeit gemessen.

Konzentrationsrisiken und Nachhaltigkeitsrisiken stellen Querschnittsrisiken dar, d.h. sie bilden keine eigene Risikokategorie oder Teilrisiko, sondern gehen mit Wertfaktoren für die Einschätzung möglicher zusätzlicher Verlustpotenziale einher und können sich demnach auf bereits identifizierte Risiken auswirken.

Mögliche Konzentrationsrisiken sind im Zusammenhang mit den operationellen Risiken zu sehen (Cyberkriminalität, systematisches menschliches Fehlverhalten oder mangelnde Datenerfassung, Rückerstattungsansprüche wg. Rechtmäßigkeit von Gebühren, bzw. Gerichtsverfahren im Allgemeinen, großvolumige Einzel-Ereignisse und die Abhängigkeit von Auslagerungsunternehmen). Ein starker Einflussfaktor bleibt weiterhin die Zinsentwicklung im Euro-Raum mit Einflüssen auf den Marktwert der Kapitalanlagen sowie generell auf alle weiteren zinsinduzierten Parameter,

insbesondere des Bausparkollektivs. Bei einer vertriebsorientierten Bank spielt die Reputation am Markt eine wichtige Rolle für nachhaltige Vertriebsserfolge. Daneben bergen makroökonomischen Entwicklungen (allgemeine Kreditqualität, wohnwirtschaftlicher Immobilienmarkt) Potenzial für höhere mittlere Risikogewichte. Ebenfalls auf das Adressrisiko wirken großvolumige risikobelastete Einzelpositionen bzw. die Losgrößenkonzentration im Wertpapierbestand. Im Bereich des Personalrisikos bergen der Fachkräftemangel, Ressourcenengpässe und die Nachbesetzung von Schlüsselkompetenzen besondere Risiken. In diesen Zusammenhang ist auch die zunehmende Komplexität der Regulatorik zu setzen. Der Einsatz von komplexen Modellen birgt die Gefahr von Modellrisiken. Insgesamt stellt die Eindimensionalität des Geschäftsmodells eine Herausforderung dar.

Mögliche Konzentrationsrisiken sind im Zusammenhang mit der ESG-Konformität von Finanzierungsobjekten und Wertpapieranlagen zu sehen. Erhöhte Risiken resultieren aus etwais punktuellen Ereignissen aus den Bereichen Klimawandel, politische Lage, Verknappung von Ressourcen, Energieversorgung und stabile Lieferketten. Übergeordnet stellt eine Geschäftsmodelladjustierung bzw. Adaptierungsproblematik in Form einer nachhaltigen Ausrichtung und Marktpositionierung eine Herausforderung dar.

Zusammenfassende Darstellung der Risikosituation

Der starke und schnelle Zinsanstieg zur Inflationsbekämpfung zeigt längst Wirkung. Die Inflationsrate nähert sich der Zielmarke, jedoch führt die geldpolitische Straffung zu einer Eintrübung der Konjunktur. Hinzukommen strukturelle Herausforderungen, wie etwa die Energiewende, politische Unsicherheiten, sich qualitativ verschlechternde Standortfaktoren sowie internationale Krisenherde. Seit Mitte des Jahres 2024 wiederum wird das Wirtschaftswachstum durch mehrere Zinssenkungen stimuliert. Die wirtschaftliche Schwächesituation führt zu einem deutlich angestiegenem Frühwarnindikator der Insolvenzzraten.

Der Zinsanstieg belastet die Immobilienmärkte in Form von gestiegenen Finanzierungskosten und sinkenden Immobilienpreisen. Verstärkende Effekte sind die Forcierung der Transformation zur nachhaltigen Wohnwirtschaft sowie die intensivierete Betrachtung von Klimarisiken. Im Ergebnis steht eine stärkere Spreizung der Immobilienwerte im

Hinblick auf Energieeffizienzen, zustandsorientierte Instandhaltung und Standortexponierung. Die Bauzinsen entwickeln sich in Wellenbewegungen seitwärts. Die Immobilienpreise haben sich auf hohem Niveau stabilisiert. Die Bautätigkeit bleibt weiterhin hinsichtlich der Erwartungen zurück.

Die Preisentwicklung auf den Immobilienmärkten, divergierende Wertansätze der hereingenommenen Pfandobjekte und kostenintensivere Anschlussfinanzierungen verursacht durch das geänderte Zinsumfeld führen tendenziell zu steigenden Kreditrisiken. Der Einsatz von Bausparprodukten zur Zinssicherung auf der einen und die zuletzt wieder angestiegene Nachfrage nach Baufinanzierungen auf der anderen Seite birgt besondere Herausforderungen für die strategische Risikosteuerung.

Den Risiken wird mit unterschiedlichen Gegensteuerungsmaßnahmen begegnet. Insbesondere sind hier aufsichtsrechtliche Maßnahmen, wie etwa die Berücksichtigung zusätzlicher Kapitalpuffer, aber auch interne Maßnahmen, wie etwa Konditionsanpassungen, Forcierung der Bonitätsprüfung, die Stärkung der Kapitalbasis oder eine Intensivierung der Beobachtung der Risiken zu nennen.

Im Jahr 2024 verfügte die Bausparkasse im ökonomischen Steuerungskreis stets über eine ausreichende Risikotragfähigkeit. Die gemessenen Risiken waren zu jedem Stichtag durch vorhandene Risikodeckungsmassen abgedeckt. Die durchgeführten Szenariorechnungen ließen keine Anzeichen für eine unmittelbar aufkommende Gefahrensituation erkennen. Im Normativen Steuerungskreis wurden in 2024 zu jedem Stichtag die erforderlichen aufsichtsrechtlichen Grenzwerte der Steuerungsgrößen zu den Berichtsstichtagen als auch über einen Planungshorizont von mindestens drei Jahren sowohl im Basisszenario als auch im adversen Szenario eingehalten.

Vor diesem Hintergrund zeigen die Messung und Beurteilung bestehender und zukünftiger Risiken bis zur Aufstellung dieses Jahresabschlusses keine Auffälligkeiten, die die zukünftige Entwicklung nachhaltig gefährden könnten.

Nach Überzeugung der Alte Leipziger Bauspar AG sind alle erkennbaren Risiken angemessen berücksichtigt und Verlustpotenziale durch den verfügbar gemachten Anteil der Risikodeckungsmasse abgedeckt.

Prognose- und Chancenbericht

Im Bauspar- und Baufinanzierungsgeschäft hält der Trend zu sicheren Spar- und Finanzierungsformen an. Der Wunsch unserer Kunden nach eigenen Immobilien hat sich weiter verstärkt, es besteht trotz der Zinsentwicklung eine hohe Nachfrage nach Wohneigentum. Die Bausparkassen nehmen hier unverändert eine starke Position ein, unsere Produktangebote mit langfristig zinssicheren Finanzierungsmodellen und attraktiven Bausparverträgen erfüllen die Erwartungen des Marktes.

Die Einschätzung zur Entwicklung des Zinsniveaus im Markt hat sich dahingehend verändert, dass mit einem Absinken im laufenden Jahr gerechnet wird. Dies unterstützt nach unserer Einschätzung den Wunsch vieler Deutscher nach einer eigenen Immobilie, interessierte Kunden sollten ihre Finanzierungen leichter realisieren können. Preissteigerungen bei Baumaterialien und Engpässe in der Verfügbarkeit qualifizierter Handwerker, eine sinkende Anzahl von Baugenehmigungen sowie eine deutliche Zurückhaltung bei Investoren wirken gegenläufig.

Dank unserer ausgezeichneten Produkt- und Servicequalität sind wir davon überzeugt, gemeinsam mit unseren Vertriebspartnern im Bereich der Immobilienfinanzierung die Marktposition auszubauen und neue Kunden und Geschäftspartner gewinnen zu können.

Insofern ist die Grundlage für eine Steigerung des außerkollektiven Baufinanzierungsneugeschäfts auf über 200 Mio. € in 2025 gegeben.

Das Bauspar-Neugeschäft der gesamten Branche erwarten wir insgesamt über dem Niveau des Jahres 2024. Durch die Qualität unseres aktuellen Tarifs und durch unsere vom Vertrieb und den Kunden geschätzten Servicequalität gehen wir von einem beantragten Bauspar-Neugeschäfts in Höhe von 820 Mio. € aus, was über dem Neugeschäft des Jahres 2024 liegt.

Die Voraussetzung für unser geplantes Neugeschäft schaffen wir durch die erfolgreiche Einbindung in den leistungsstarken und etablierten Vertrieb der ALH Gruppe sowie durch die intensive Betreuung ausgewählter Makler und Vertriebspartner. In 2024 wurde unser Tarif "AL_NeoNiedrig" gleich zweimal ausgezeichnet. Neben der Auszeichnung bester Bauspartarif 2024 von der WirtschaftsWoche in Kooperation mit FMH

erhielt er im Bausparvergleich von ntv in Kooperation mit FMH die Note „Sehr Gut“.

Das unter strikter Beachtung einer risikobegrenzenden Annahmepolitik betriebene Baufinanzierungsgeschäft steht nach wie vor im Fokus unserer vertrieblichen Aktivitäten. Wir übernehmen begleitend die Vermittlung von Baufinanzierungen an ausgewählte Bankpartner, was uns die Chance gibt, ertragswirksam auf Kundenwünsche eingehen zu können, für den Fall, dass die Finanzierungen nicht zu unserer konservativen Kreditrisikostategie passen.

Das außerkollektive Darlehensgeschäft finanzieren wir weitestgehend durch Kundeneinlagen und stabilisieren dadurch nachhaltig das Zinsergebnis. Zur Finanzierung des weiteren Ausbaus unseres Baudarlehensgeschäfts planen wir in den nächsten Jahren weitere Pfandbriefe zu emittieren.

Aufgrund unserer risikoorientierten Annahmepolitik im Baufinanzierungsgeschäft erkennen wir trotz Inflation und Realeinkommensverlusten keine signifikante Zunahme an Kreditausfällen.

Wir setzen Nachhaltigkeit in ökologische, ökonomische und sozialverträgliche Handlungsweisen um und interpretieren diese als einen festen Bestandteil unseres langfristig ausgerichteten Geschäftsmodells, dessen Priorität die risiko- und verantwortungsbewusste Vergabe von Immobilienfinanzierungen ist. Neben der sukzessiv geplanten Erweiterung unseres nachhaltigen Produktangebots zur Finanzierung ökologischer Maßnahmen beschäftigen wir uns auch mit der aktuellen und zukünftigen Wirkung unserer eigenen Ressourcennutzung in unseren Wertschöpfungsketten.

Auch in 2025 planen wir die Fortführung von Bestandsmaßnahmen zum Abbau höherverzinslicher Bauspareinlagen. Durch die daraus resultierende geringere Verzinsung unserer Refinanzierungsmittel und einer steigenden Verzinsung der Baudarlehen erwarten wir ein Zinsergebnis von 26,8 Mio. € und somit deutlich über dem Niveau des Vorjahres.

Unsere bereits in den Vorjahren etablierte Kostendisziplin werden wir auch in 2025 fortführen. Der Verwaltungsaufwand inkl. AfA soll maximal 22,3 Mio. € betragen. Für 2025 gehen wir von einem positiven operativen Ergebnis aus. Mittelfristig werden wir auch durch unser geplantes Wachstum weiterhin positive operative Ergebnisse erzielen.

Durch eine Eigenmittelzuführung in Höhe von 25 Mio. € durch den Eigentümer im Januar 2025 haben wir für die zukünftigen Kapitalanforderungen der CRRIII ein solides Fundament aufgebaut.

Oberursel (Taunus), den 06. März 2025

Alte Leipziger Bauspar AG

Rupp

Dr. Lindner

Bilanz zum 31. Dezember 2024

Aktivseite	€	€	€	Vorjahr Tsd. €
1. Barreserve				
Guthaben bei Zentralnotenbanken darunter:			2.331.427,35	21.893
bei der Deutschen Bundesbank 2.331.427,35 €				(2.253)
2. Forderungen an Kreditinstitute				
täglich fällig		51.797.225,13		364
andere Forderungen		5.069.077,53		5.069
			56.866.302,66	5.433
3. Forderungen an Kunden				
a) Baudarlehen				
aa) aus Zuteilungen (Bauspardarlehen)	114.922.725,18			87.447
ab) zur Vor- und Zwischenfinanzierung	1.050.950.070,58			1.014.617
ac) sonstige	429.380.805,82			390.291
		1.595.253.601,58		1.492.355
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert 1365679537,47 €				(1.276.638)
b) andere Forderungen		15.252.551,09		16.006
			1.610.506.152,67	1.508.361
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
Anleihen und Schuldverschreibungen				
a) von öffentlichen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank 58.773.818,08 €		58.773.818,08		58.886 (58.885)
b) von anderen Emittenten		49.901.404,54		49.845
			108.675.222,62	108.731
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank 49.901.404,54 €				(49.845)
5. Beteiligungen			1,00	0
darunter: an Kreditinstituten 0,00 €				
darunter: an Finanzdienstleistungsinstituten 0,00 €				
6. Immaterielle Anlagewerte			896.914,00	746
7. Sachanlagen			88.652,00	105
8. Sonstige Vermögensgegenstände			8.516.891,04	12.805
9. Rechnungsabgrenzungsposten			4.339.915,77	4.537
Summe der Aktiva:			1.792.221.479,11	1.662.611

Passivseite				Vorjahr
	€	€	€	Tsd. €
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) aus dem Pfandbriefgeschäft				
aa) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		10.002.945,22		10.003
b) andere Verbindlichkeiten		72.245.962,65		64.894
darunter: täglich fällig 0,00 €				0
			82.248.907,87	74.897
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Einlagen aus dem Bauspargeschäft und Spareinlagen				
aa) Bauspareinlagen darunter:	1.299.715.903,92			1.286.991
auf gekündigte Verträge 24.574.435,82 €				16
auf zugeteilte Verträge 630.975,53 €				0
ab) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	15.921,00			19
		1.299.731.824,92		1.287.010
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	82.629.911,40			42.834
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	203.307.710,38			135.321
bd) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	20.174.013,70			5.030
		306.111.635,48		183.184
			1.605.843.460,40	1.470.194
3. Sonstige Verbindlichkeiten			2.279.977,48	2.115
4. Rechnungsabgrenzungsposten			66.773,70	75
5. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		9.912.809,09		9.573
b) Steuerrückstellungen		0,00		0
c) andere Rückstellungen		21.729.776,60		31.991
			31.642.585,69	41.564
6. Fonds für allgemeine Bankrisiken			6.300.000,00	9.930
7. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		8.832.000,00		8.832
b) Kapitalrücklage		49.066.301,42		49.066
c) Gewinnrücklagen				
ca) gesetzliche Rücklage	153.387,56			153
cb) andere Gewinnrücklagen	5.740.000,00	5.893.387,56		5.740

d) Bilanzgewinn		48.084,99		37
			63.839.773,97	63.836
Summe der Passiva:			1.792.221.479,11	1.662.611
1. Andere Verpflichtungen:				
Unwiderrufliche Kreditzusagen:			67.906.241,44	58.824

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar 2024 bis 31. Dezember 2024

Aufwendungen				Vorjahr
	€	€	€	Tsd. €
1. Zinsaufwendungen				
a) für Bauspareinlagen		8.609.265,04		9.549
b) andere Zinsaufwendungen		8.015.787,21		4.838
			16.625.052,25	14.387
2. Provisionsaufwendungen				
a) Provisionen für Vertragsabschluss und -vermittlung		6.435.847,42		20.022
b) andere Provisionsaufwendungen		3.624.528,71		2.574
			10.060.376,13	22.596
3. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	11.236.717,44			10.510
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2.640.305,12			2.435
		13.877.022,56		12.944
darunter: für Altersversorgung 719.565,05 €				(666)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		8.729.044,79		7.213
			22.606.067,35	20.157
4. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			179.260,99	171
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen			1.598.550,06	1.206
6. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführung zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			1.110.671,45	0
7. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			650,00	156
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			- 0,32	1
9. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 5 ausgewiesen			43.731,22	36
10. Jahresüberschuss			3.822,92	7
Summe der Aufwendungen:			52.228.182,05	58.125
1. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag			3.822,92	7
2. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			44.262,07	37
3. Bilanzgewinn			48.084,99	44

Erträge				Vorjahr
	€	€	€	Tsd. €
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften				
aa) Bauspardarlehen	2.929.393,28			2.404
ab) Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten	23.063.033,97			21.295
ac) sonstigen Baudarlehen	8.913.601,21			7.031
ad) sonstigen Kredit- und Geldmarktgeschäften	4.160.326,14			4.335
		39.066.354,60		35.065
darunter: Negativzinsen	0,00 €			(0)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		455.766,63		169
			39.522.121,23	35.234
2. Provisionserträge				
a) aus Vertragsabschluss und -vermittlung		5.600.788,46		16.581
b) aus der Darlehensregelung nach der Zuteilung		0,00		0
c) aus Bereitstellung und Bearbeitung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten		0,00		0
d) andere Provisionserträge		437.531,15		514
			6.038.319,61	17.095
3. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			0,00	593
4. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			0,00	0
5. Sonstige betriebliche Erträge			3.037.741,21	2.991
6. Erträge aus der Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken			3.630.000,00	2.805
Summe der Erträge:			52.228.182,05	58.718

Anhang zum Jahresabschluss

Vorbemerkungen

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 der Alte Leipziger Bauspar AG wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches unter Berücksichtigung der einschlägigen Vorschriften des Aktiengesetzes, des Kreditwesengesetzes und des Bausparkassengesetzes sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (Rechnungslegungsverordnung – RechKredV) und einschlägiger Verlautbarungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht zur Rechnungslegung von Bausparkassen aufgestellt.

Die im amtlichen Formblatt vorgesehenen, aber nicht belegten Positionen wurden weggelassen.

Angaben gemäß § 264 Abs. 1a HGB

Die Alte Leipziger Bauspar AG, Alte Leipziger-Platz 1, 61440 Oberursel (Taunus), ist beim Amtsgericht Bad Homburg v. d. Höhe (HRB 1663) registriert.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss enthält sämtliche Vermögensgegenstände, Verbindlichkeiten, Rückstellungen und Rechnungsabgrenzungsposten.

Bei der Bewertung der im Jahresabschluss ausgewiesenen Vermögensgegenstände und Schulden kamen die allgemeinen Bewertungsgrundsätze des § 252 Abs. 1 HGB sowie die für Kreditinstitute geltenden Bewertungsvorschriften des § 340e HGB zur Anwendung. Von den nach § 340f HGB gegebenen Verrechnungsmöglichkeiten für bestimmte Aufwendungen und Erträge wurde Gebrauch gemacht, wie auch von der Möglichkeit, nach § 340g HGB einen Sonderposten „Fonds für allgemeine Bankrisiken“ zu bilden.

Die Barreserve, die Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden und die sonstigen Vermögensgegenstände wurden zum Nennwert, ggf. unter Berücksichtigung zeitanteiliger Zinsen, angesetzt.

Zur Berücksichtigung erkennbarer und latenter Risiken aus Kundenforderungen und Beteiligungen bestehen im Rahmen der bilanziellen Risikovorsorge Einzel- und Pauschalwertberichtigungen, die von den entsprechenden Aktivpositionen abgesetzt sind.

Die Pauschalwertberichtigung wird gemäß den Vorgaben des IDW RS BFA 7 gebildet. Die Berechnung der Pauschalwertberichtigung findet auf Ebene von Teilportfolien statt, wobei wir den Produkttyp zur Abgrenzung der Teilportfolien wählen. Für alle Teilportfolien kommt das Bewertungsvereinfachungsverfahren zum Einsatz, wobei grundsätzlich der 1-Jahres-Expected Loss zur Ermittlung des PWB-Betrages angesetzt wird.

Die AL-B hatte sich im Rahmen der Erstanwendung des BFA7 zunächst bei den Teilportfolien Vorausdarlehen und Sonstige Darlehen (AD/ED/KfW) für das Anrechnungsverfahren entschieden. Für diese Teilportfolien erfolgte im Geschäftsjahr ein Wechsel in das Bewertungsvereinfachungsverfahren. Bei einfacher Aktualisierung des bisherigen Verfahrens, hätte sich eine PWB ergeben, die rund 360 TEUR über der PWB des aktuellen Bewertungsvereinfachungsverfahrens gelegen hätte, dies hat einen positiven Effekt auf das Jahresergebnis.

Die gemäß dem obigen Verfahren als Summe der Pauschalwertberichtigungen für die einzelnen Teilportfolien errechnete Gesamt-Pauschalwertberichtigung wird ohne Anpassung (Management Adjustment) weiterverwendet.

Die Wertpapiere sind dem Anlagevermögen zugeordnet und mit ihren Anschaffungskosten beziehungsweise nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Es ist grundsätzlich beabsichtigt, die Wertpapiere bis zur Endfälligkeit zu halten. In den Kaufpreisen enthaltene Agien/Disagien werden mittels Effektivzinsmethode als Zinskorrektiv auf die Laufzeit verteilt.

Immaterielle Anlagewerte sind zu Anschaffungskosten aktiviert und werden linear abgeschrieben. Bei PC-Software beträgt die Abschreibungsdauer i.d.R. 3 Jahre, bei Großrechner-Software mindestens 5 Jahre.

Die als Sachanlagen ausgewiesenen Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung wurden mit den Anschaffungskosten, ggf. einschließlich Anschaffungsnebenkosten, abzüglich planmäßiger Abschreibungen bilanziert. Bei Einrichtungen beträgt die Abschreibungsdauer i.d.R. 13 Jahre, bei technischen Geräte 8 Jahre, bei EDV-Technik i.d.R. 3 Jahre. Abnutzbare bewegliche Wirtschaftsgüter mit einem Anschaffungswert zwischen 150 € und 800 € netto werden in einen Sammelposten eingestellt und jährlich mit 20% abgeschrieben. Zugänge bis zu 150 € netto wurden sofort abgeschrieben. Geringwertige Anlagegegenstände

werden nach der Regelung in § 6 Abs. 2 bzw. Abs. 2a EStG abgeschrieben.

Die Ermittlung der aktivischen Rechnungsabgrenzungsposten erfolgte entsprechend der periodengerechten Abgrenzung der Aufwendungen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Kunden und die sonstigen Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten enthalten Disagien, die über die Laufzeit vereinnahmt werden.

Die Berechnung der Pensionsrückstellungen geschah nach dem international üblichen Anwartschaftsbarwertverfahren (PUC-Methode) in Verbindung mit § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB auf der Grundlage der Richttafeln 2018G von Heubeck Richttafeln GmbH, Köln. Neben gegenwärtigen wurden auch künftige Entwicklungen, Trends und die Fluktuation berücksichtigt. Die Abzinsung erfolgte mit dem von der Deutschen Bundesbank gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsVO) veröffentlichten durchschnittlichen Zinssatz der letzten zehn Jahre bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren gemäß § 253 Abs. 2 HGB.

Bei der Bewertung der Pensionszusagen für die Handelsbilanz ist ein 10 Jahres-Durchschnittszinssatz zu verwenden. Zusätzlich sind die Pensionsrückstellungen unter Verwendung eines 7 Jahres-Durchschnittszinssatzes zu ermitteln. Der Unterschiedsbetrag zwischen den beiden Rückstellungen beträgt 50 Tsd. € und unterliegt einer (laufenden) Ausschüttungssperre.

Nachstehende versicherungsmathematische Parameter fanden für die Ermittlung der Verpflichtungen Anwendung:

Pensionsalter	60 - 67 Jahre
Gehaltsdynamik	2,50 %
Rentendynamik	2,00 % bzw. 1,00 %
Erwartete Lohn- und Gehaltssteigerung	2,5 %
Zinssatz	1,90 %
	1,83 % (zur Vergleichsrechnung)
	1,97 % (Ausschüttungssperre)

Die berücksichtigte Fluktuation in Höhe von 2,00 % entspricht dem allgemein beobachtbaren altersabhängigen

Durchschnitt der Branche und beeinflusst den Erfüllungsbetrag nur geringfügig.

Die Rückstellung für Altersteilzeit wurde nach den Verlautbarungen des IDW RS HFA 3 in Verbindung mit § 253 Abs. 2 HGB ermittelt. Die Höhe des Erfüllungsrückstandes ergab sich aus den bis zum 31. Dezember 2024 ausstehenden Gehaltszahlungen, die in der Freistellungsphase fällig werden.

Die Rückstellung für den zusätzlichen Arbeitgeberbeitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung und den Aufstockungsbetrag wurde unter Verwendung der sogenannten FiFo-Methode ermittelt.

Dabei wurde unterstellt, dass die ratierte Ansammlung ab dem Zeitpunkt der Unterzeichnung der Vereinbarung zur Altersteilzeit beginnt. Bei der Ermittlung der Rückstellungen wurden künftige Preis- und Kostensteigerungen berücksichtigt. Als Rechnungsgrundlagen dienen die Richttafeln 2018G von Prof. Dr. Klaus Heubeck bei einer Gehaltsdynamik von 2,50 %. Die Rückstellung wurde nach den individuellen Laufzeiten mit den entsprechenden durch die Deutsche Bundesbank veröffentlichten Zinssätzen nach der RückAbzinsVO abgezinst.

Die Rückstellungen, deren Restlaufzeit ein Jahr übersteigen, sind auf der Grundlage des durchschnittlichen Marktzinssatzes fristenkongruent abzuzinsen. Es wurden jeweils Zinssätze verwendet, die sich bei gleichen Laufzeiten größer 12 Monate zwischen 1,52 % und 1,55 % bewegten.

Die Bewertung der Rückstellung für Jubiläen erfolgte gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB analog zur Pensionsrückstellung. Bezüglich der verwendeten versicherungsmathematischen Rechnungsgrundlagen verweisen wir auf unsere dortigen Ausführungen.

Die Rückstellung für die Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen wurde entsprechend der Verfügung der OFD Magdeburg vom 21. September 2006 in Verbindung mit § 253 Abs. 1 HGB fortgeführt.

Alle anderen Rückstellungen sind nach § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt und – soweit die Laufzeiten mehr als ein Jahr betragen – gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem der Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben

Jahre abgezinst. Die Berechnung der baupartechnischen Rückstellungen erfolgte unter Berücksichtigung von Parametern, die an die aktuellen Gegebenheiten hinsichtlich Zinsniveau und dem zinsinduzierten Verhalten der Bausparer ausgerichtet sind.

Zinsaufwendungen für diskontierte Rückstellungen aus dem Bauspargeschäft werden in den anderen Zinsaufwendungen ausgewiesen. Zinsaufwendungen für das Nicht-Bauspargeschäft sind im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten.

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen.

Um den Rückstellungsbedarf zur verlustfreien Bewertung des Bankbuchs nach BFA 3 zu überprüfen, wird die barwertige Methode angewendet.

Erläuterungen zur Bilanz

Forderungen an Kunden

Für erkennbare Risiken sind Einzelwertberichtigungen gebildet. Die Einzelwertberichtigung ergibt sich aus der Differenz zwischen erwarteten Verkaufserlösen, unter Berücksichtigung von Abschlägen für voraussichtliche Verwertungskosten und Verwertungsdauer, und dem Kontosaldo. Die Einzelwertberichtigung wird monatlich an den jeweiligen Stand der Darlehensforderung unter Beachtung der aufgelaufenen Zinsen angepasst.

Die rückständigen Zins- und Tilgungsbeträge ab 3 Monate bei den Baudarlehen betragen insgesamt 100 Tsd. € (34 Tsd. €).

Noch nicht ausgezahlte bereitgestellte Baudarlehen	Tsd. €
aus Zuteilung	2.842
zur Vor- und Zwischenfinanzierung	19.998
Sonstige	45.067
Summe:	67.906

Hierbei wird den zinstragenden bilanziellen und außerbilanziellen Positionen des Bankbuchs dessen Buchwert gegenübergestellt. Für den vorhandenen Verlustüberhang würde eine Drohverlustrückstellung gebildet, die unter den anderen Rückstellungen ausgewiesen würde.

Nach den Berechnungen zum Bilanzstichtag ergibt sich kein Rückstellungsbedarf.

Zuführungen zum Fonds zur baupartechnischen Absicherung waren 2024 nicht erforderlich. Die Berechnung erfolgte auf Grundlage des § 7 der Bausparkassenverordnung.

Wertpapiere und Finanzanlagen

Sämtliche in der Bilanzposition „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ ausgewiesenen Wertpapiere sind börsennotiert und entsprechen den Anlagevorschriften des § 4 Abs. 3 BausparkG. Sie sind dem Anlagevermögen zugeordnet. Die institutsintern festgelegten Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand blieben im Geschäftsjahr unverändert. Dem Buchwert (ohne Zinsabgrenzung) 108.339 Tsd. € steht ein Kurswert in Höhe von 78.326 Tsd. € gegenüber.

Hierbei ergeben sich bei Wertpapieren mit einem Buchwert in Höhe von 98.307 Tsd. € stille Lasten in Höhe von 30.244 Tsd. €. Eine Abschreibung in Höhe der stillen Lasten unterblieb, da keine Anhaltspunkte einer dauerhaften Wertminderung vorlagen. Im Jahr 2024 wurden keine Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere fällig.

Entwicklung des Anlagevermögens

Bilanzposten	Anschaffungs- oder Herstellungskosten			
	Vortrag 01.01.2024	Zugänge ¹⁾	Abgänge ²⁾	Stand 31.12.2024
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
I. Beteiligungen	908	0	0	908
II. Immaterielle Anlagewerte				
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	2.181	282	0	2.463
III. Sachanlagen				
Betriebs- und Geschäftsausstattung	803	32	0	835
IV. Wertpapiere des Anlagevermögens	108.717	0	0	108.717
Insgesamt:	112.609	314	0	112.923

¹⁾ davon aus Auflösung des Disagios nach der Effektivzinsmethode: 0 Tsd. €

²⁾ davon aus Auflösung des Agios nach der Effektivzinsmethode: 0 Tsd. €

Von den Sachanlagen werden die Betriebs- und Geschäftsausstattung komplett für eigene Tätigkeiten genutzt.

Sonstige Vermögensgegenstände

In diesem Posten wird im Wesentlichen der Rückkaufswert der Rückdeckungsversicherung für Versorgungszusagen mit 5.415 Tsd. € ausgewiesen sowie 2.715 Tsd. € Sicherungseinlage zugunsten der Einlagensicherung deutscher Banken bei der Deutsche Bundesbank.

Beteiligungen

Die Alte Leipziger Bauspar AG hält seit dem Jahr 2009 über eine Beteiligungsgesellschaft des Verbands der Privaten Bausparkassen mbH, Berlin, eine Beteiligung in Höhe von 0,82 % an der BSQ Bauspar AG, Fürth. Die Beteiligung ist vollständig abgeschrieben und daher nicht wesentlich für die Ertrags- und Vermögenslage.

Mindeststeuer

Die Alte Leipziger Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit, Oberursel (Taunus) erfüllt die Voraussetzungen für die

Aktive Rechnungsabgrenzung

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten beinhaltet im Wesentlichen Agien auf Namensschuldverschreibungen in Höhe von 4.340 Tsd. €.

Anwendbarkeit des Mindeststeuergesetzes und bildet für Zwecke der globalen Mindestbesteuerung eine Unternehmensgruppe, mit allen im handelsrechtlichen Konzernabschluss konsolidierten Gesellschaften. Aufgrund einer untergeordneten internationalen Tätigkeit der Unternehmensgruppe gemäß § 83 Mindeststeuergesetz ergibt sich eine bis zu fünfjährige Befreiung von der Mindeststeuer. In soweit wird für den Jahresabschluss der Gesellschaft zu nächst keine Auswirkung aus der Anwendung des Mindeststeuergesetzes ab dem Geschäftsjahr 2024 erwartet.

	Abschreibungen				Buchwert	
	Vortrag	Afa des Jahres	Afa Abgang	31.12.2024	31.12.2023	31.12.2024
	01.01.2024					
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
	908	0	0	908	–	–
	1.435	130,8	0	1.566	746	897
	698,2	48,4	0	747	105	89
	0	0	0	0	108.717	108.717
	3.041	179	0	3.221	109.568	109.882

Latente Steuern

Zum 31. Dezember 2024 bestehen aktive latente Steuern ausschließlich bei Forderungen an Kunden, Pensionsrückstellungen und anderen Rückstellungen sowie auf steuerliche Verlustvorträge. Passive latente Steuern bestehen ausschließlich bei sonstigen Vermögensgegenständen.

Insgesamt ergibt sich am Bilanzstichtag ein Aktivüberhang von 5.967 Tsd. €. Aufgrund des ausgeübten Wahlrechts, auf den Ansatz aktiver latenter Steuern zu verzichten, ist daher kein Bilanzposten aufzunehmen.

Entwicklung latente Steuern	31.12.2023	Erhöhung/ Verminderung	31.12.2024
	€	€	€
Aktive latente Steuern	4.878.133	1.095.035	5.973.168
Passive latente Steuern	511	5.936	6.447
Saldo nach Verrechnung	4.877.622	1.089.099	5.966.721

Der Berechnung liegt ein Steuersatz von 30,18 % zu Grunde.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Unter der Position werden die im Rahmen der Zulässigkeit des Bausparkassengesetzes aufgenommenen Fremdgelder einschließlich abgegrenzter Zinsen ausgewiesen, die überwiegend der Refinanzierung des außerkollektiven Baufinanzierungsgeschäftes dienen. Es handelt sich um Mittel der Kreditanstalt für Wiederaufbau, die wir im Rahmen der sog. Programmdarlehen zu deren Bedingungen weitergegeben

haben. Zusätzlich ist hier der Hypotheken-Namenspfandbrief enthalten, der 2020 emittiert wurde.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

In den anderen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist sind Geldaufnahmen von privaten und institutionellen Anlegern im Rahmen von Tagesgeldkonten sowie Festgeldeinlagen und

Sparbriefe etc. enthalten sowie drei begebene Namenspfandbriefe.

Für die Pfandbriefe wurde eine Schuldverschreibung mit einem Deckungswert von 2 Mio. € in der Deckungssumme berücksichtigt.

Sonstige Forderungen und Verbindlichkeiten

Forderungen und Verbindlichkeiten an bzw. gegenüber verbundenen Unternehmen	Tsd. €
Forderungen an Kunden – aus Baudarlehen –	–
Sonstige Vermögensgegenstände	5.450
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	79.653
Sonstige Verbindlichkeiten	792

In den Sonstigen Verbindlichkeiten sind Verbindlichkeiten ggü. dem Konzern aus der internen Leistungsverrechnung in Höhe von 0,8 Mio. € ausgewiesen.

Passive Rechnungsabgrenzung

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten betrifft Disagien aus Baudarlehen sowie aus den Namenspfandbriefen.

Andere Rückstellungen

Die anderen Rückstellungen umfassen im Wesentlichen Rückstellungen für baupartechnische Risiken in Höhe von 14,1 Mio. €. Hierbei handelt es sich um die Erstattung von Abschlussgebühren (0,1 Mio. EUR) sowie für rückwirkend zu vergütende Zinsboni (14,0 Mio. EUR) bei Darlehensverzicht bzw. in Einzelfällen bei Kündigung durch den Kunden. Mit 10,8 Mio. € entfällt der größte Teil der ausgewiesenen Rückstellung auf einen den seit 2013 für das Neugeschäft eingestellte Alt-Tarif „AL_easyplus“.

Die Bewertung der Rückstellungen für das Bauspargeschäft wird im Wesentlichen von der Einschätzung des zukünftigen Kundenverhaltens bestimmt, bzw. wie viele Kunden zu welchem Zeitpunkt und in welcher Höhe eine Zahlung erhalten (Bonusanspruchnahmequote). Als Basis für die Rückstellungsbildung wird das Ergebnis der baupartechnischen Simulation herangezogen, in welchem alle historischen Parameter berücksichtigt sind und zu entsprechenden zukünftigen Bonusverbräuchen führen.

In diesem Geschäftsjahr wurde das bisherige Verfahren auf ein vereinfachtes Modell umgestellt. Ein Vergleich des bisherigen Verfahrens und dem aktuellen zeigt eine Umstellungsdifferenz von 298 TEUR. Um diesen Betrag wäre das Jahresergebnis 2024 schlechter ausgefallen.

Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital ist eingeteilt in 17.250 auf den Inhaber lautende Stückaktien zu einem Nennwert in Höhe von 512 EUR (Vorjahr 512 EUR).

Die Ausstattung mit Eigenkapital ist ausreichend. Das bilanzielle Eigenkapital inkl. Fond für allgemeine Bankrisiken besteht zum Bilanzstichtag in Höhe von 70,1 Mio. € (Vorjahr 73,7 Mio. €). Regulatorische Eigenmittel bestehen zum Bilanzstichtag in Höhe von 67,8 Mio. € (Vorjahr 71,7 Mio. €). Hierbei handelt es sich ausschließlich um hartes Kernkapital. Die Soll – Eigenmittelanforderungen wurden im gesamten Geschäftsjahr eingehalten. Die Gesamtkapitalquote zum Jahresende betrug ebenso wie die Kernkapitalquote 24,70% (Vorjahr 29,4%). Die Leverage Ratio beträgt 4,15% (Vorjahr 4,80%).

Fristengliederung zum 31.12.2024

Bilanzpositionen	Restlaufzeit			
	bis zu 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Forderungen an Kreditinstitute andere Forderungen	-	-	-	5.069
Forderungen an Kunden	35.301	89.704	546.793	927.226
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	1.892	6.915	24.170	24.763
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	58.095	88.717	27.185	9.319

Forderungen an Kunden mit unbestimmter Laufzeit 2.120 Tsd. € (2.286 Tsd. €).

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zinsaufwendungen

Die „anderen Zinsaufwendungen“ enthalten Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen für das Bauspargeschäft in Höhe von 240 Tsd. € (Vorjahr 16 Tsd. €).

Provisionsaufwendungen

Die Provisionsaufwendungen unterteilen sich in Provisionsaufwendungen für Vertragsabschluss- und Vermittlung in Höhe von 6.435,8 Tsd. € und andere Provisionsaufwendungen in Höhe von 3.624,5 Tsd. €. Hiervon entfallen 771 Tsd. € auf eine Versicherungsprovision im europäischen Ausland, alle übrigen Aufwendungen sind dem inländischen Markt zuzuordnen.

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen belaufen sich für das Jahr 2024 auf 22.606 Tsd. €. Diese unterteilen sich in 13.877 Tsd. € für Personalaufwendungen und 8.729 Tsd. € für andere Verwaltungsaufwendungen. Diese sind ausschließlich dem inländischen Markt zuzuordnen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

In den „Sonstigen betrieblichen Aufwendungen“ sind u. a. Zuführungen zu Rückstellungen in Höhe von 472 Tsd. € (Vorjahr 417 Tsd. €), Aufwendungen aus Zinseffekten aus der Bewertung von Rückstellungen gem. § 253 Abs. 2 HGB in Höhe von 253 Tsd. € (Vorjahr 154 Tsd. €) sowie freiwillige soziale Leistungen in Höhe von 272 Tsd. € (Vorjahr 286 Tsd. €) enthalten. Diese sind ausschließlich dem inländischen Markt zuzuordnen.

Steuern

Im Berichtsjahr wurde ein geringer Ertrag durch Gutschriften auf Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag in der Position „Steuern vom Einkommen und vom Ertrag“ verbucht.

Zinserträge

Die Zinserträge beinhalten Zinserträge aus Bauspardarlehen in Höhe von 2.929 Tsd. €, aus Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten in Höhe von 23.063 Tsd. €; sowie aus sonstigen Baudarlehen (8.913 Tsd. €) und sonstigen Kredit- und Geldmarktgeschäften (4.160 Tsd. €). Diese sind ausschließlich im europäischen Markt erzielt worden.

Provisionserträge

Die Provisionserträge aus Vertragsabschluss- und Vermittlung betragen 5.601 Tsd. €, andere Provisionserträge betragen 438 Tsd. € und enthalten u. a. Erträge aus Sondergebühren in Höhe von 409 Tsd. € (Vorjahr 449 Tsd.€). Die Provisionserträge sind ausschließlich auf dem inländischen Markt erzielt worden.

Sonstige betriebliche Erträge

Die „Sonstigen betrieblichen Erträge“ enthalten u. a. Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 471 Tsd. € (Vorjahr 999 Tsd. €), abgerechnete und einbehaltene Kontosalden in Höhe von 1.946 Tsd. € (Vorjahr 1.473 Tsd. €) sowie Erträge aus der Rückdeckung für Rentenzahlungen in Höhe von 383 Tsd. € (Vorjahr 373 Tsd. €) und sind ausschließlich auf dem inländischen Markt erzielt worden.

Angaben zum Pfandbriefgeschäft

Die Alte Leipziger Bauspar AG emittiert lediglich Hypothekendarlehen. Sämtliche Pfandbriefe und Deckungswerte lauten ausschließlich auf EURO Deckung nach Bilanzpositionen.

Alle grundpfandrechlich besicherten Pfandobjekte befinden sich ausnahmslos in Deutschland

Deckung nach Bilanzpositionen

in Tsd. €	31.12.2024	31.12.2023
Forderungen an Kunden	71.301	71.620
Schuldverschreibungen u. andere festverzinsliche Wertpapiere	2.000	2.000
Summe	73.301	73.620

Pfandbriefumlauf und Deckungswerte

(Veröffentlichung gem. § 28 Abs. 1 Nr. 1, 3 und 7 PfandBG)

in Tsd. €	NOMINAL		BARWERT	
	31.12.2024	31.12.2023	31.12.2024	31.12.2023
Hypothekenregister				
Hypothekendarlehen	30.000	15.000	30.079	12.975
Deckungsmasse	73.301	73.620	67.437	65.732
Davon weitere Deckungswerte	2.000	2.000	1.704	1.602
Davon Derivate	-	-	-	-
Überdeckung	43.301	58.620	37.358	52.757
Überdeckung (Faktor)	1,44	3,91	1,24	4,07

Risikobarwert¹

in Tsd. €	31.12.2024	31.12.2023
Hypothekenregister		
Hypothekendarlehen	25.599	10.950
Deckungsmasse	54.723	52.462
Davon weitere		
Deckungswerte	-	-
Davon Derivate	-	-
Überdeckung	29.123	41.512
Überdeckung (Faktor)	1,14	3,79

¹ Für die Berechnung der Stress-Szenarien wird für die Zinsen der statische Ansatz verwendet.

Größenklassen Forderungen Hypothekenregister

(Veröffentlichung gem. § 28 Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe a) PfandBG)

in Tsd. €	31.12.2024	31.12.2023
bis zu 300 Tsd. €	65.708	65.987
mehr als 300 Tsd. € bis zu 1 Mio. €	5.593	5.633
mehr als 1 Mio. € bis zu 10 Mio. €	0	0
mehr als 10 Mio. €	0	0
Summe Objekte nach Größenklasse	71.301	71.620
weitere Deckungswerte	2.000	2.000
Gesamtsumme Hypothekenregister	73.301	73.620

Laufzeitstruktur der Pfandbriefe und Zinsbindungsfristen der Deckungsmassen

(Veröffentlichung gem. § 28 Abs. 1 Nr. 4, 5 und 13 PfandBG)

in Tsd. €	Pfandbrief- umlauf		Deckungs- masse	
	31.12.2024	31.12.2023	31.12.2024	31.12.2023
Hypothekenregister				
bis zu sechs Monate	0	0	359	177
mehr als sechs Monate bis zu zwölf Monate	0	0	219	182
mehr als zwölf Monate bis zu 18 Monate	0	0	463	313
mehr als 18 Monate bis zu 2 Jahre	0	0	372	205
mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahre	0	0	718	863
mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahre	0	0	3.649	993
mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahre	0	0	2.898	3.412
mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahre	5.000	15.000	31.629	21.094
über 10 Jahre	25.000	0	32.995	46.379
Summe	30.000	15.000	73.301	73.620

Die Angaben zur Fälligkeitsverschiebung beziehen sich auf die Auswirkungen eines Verschiebungsszenarios von 12 Monaten auf die Laufzeitenstruktur der Pfandbriefe.

Informationen zur Verschiebung der Fälligkeit der Pfandbriefe

Voraussetzungen für die Verschiebung der Fälligkeit

Das Hinausschieben der Fälligkeit ist erforderlich, um die Zahlungsunfähigkeit der Pfandbriefbank mit beschränkter Geschäftstätigkeit zu vermeiden (Verhinderung der Zahlungsunfähigkeit), die Pfandbriefbank mit beschränkter Geschäftstätigkeit ist nicht überschuldet (keine bestehende Überschuldung) und es besteht Grund zu der Annahme, dass die Pfandbriefbank mit beschränkter Geschäftstätigkeit jedenfalls nach Ablauf des größtmöglichen Verschiebungszeitraums unter Berücksichtigung weiterer Verschiebungsmöglichkeiten ihre dann fälligen Verbindlichkeiten erfüllen kann (positive Erfüllungsprognose). Siehe ergänzend auch § 30 Absatz 2b PfandBG.

Befugnisse des Sachwalters bei Verschiebung der Fälligkeit

Der Sachwalter kann die Fälligkeiten der Tilgungszahlungen verschieben, wenn die maßgeblichen Voraussetzungen nach § 30 Abs. 2b PfandBG hierfür erfüllt sind. Die Verschiebungsdauer, welche einen Zeitraum von 12 Monaten nicht über-

schreiten darf, bestimmt der Sachwalter entsprechend der Erforderlichkeit.

Der Sachwalter kann die Fälligkeiten von Tilgungs- und Zinszahlungen, die innerhalb eines Monats nach seiner Ernennung fällig werden, auf das Ende dieses Monatszeitraums verschieben. Entschieden sich der Sachwalter für eine solche Verschiebung, wird das Vorliegen der Voraussetzungen nach § 30 Abs. 2b PfandBG unwiderlegbar vermutet. Eine solche Verschiebung ist im Rahmen der Höchstverschiebungsdauer von 12 Monaten zu berücksichtigen.

Der Sachwalter darf von seiner Befugnis für sämtliche Pfandbriefe einer Emission nur einheitlich Gebrauch machen. Hierbei dürfen die Fälligkeiten vollständig oder anteilig verschoben werden. Der Sachwalter hat die Fälligkeit für eine Pfandbriefemission so zu verschieben, dass die ursprüngliche Reihenfolge der Bedienung der Pfandbriefe, welche durch die Verschiebung überholt werden könnten, nicht geändert wird (Überholverbot). Dies kann dazu führen, dass auch die Fälligkeiten später fällig werdender Emissionen zu verschieben sind, um das Überholverbot zu wahren. Siehe ergänzend auch § 30 Absatz 2a und 2b PfandBG.

Sicherheiten nach Objektart Hypothekenregister

(Veröffentlichung gem. § 28 Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe b) und c) PfandBG)

in Tsd. €	31.12.2024	31.12.2023
Wohnwirtschaftlich		
Eigentumswohnungen	13.825	13.895
Ein- und Zweifamilienhäuser	56.251	56.497
Mehrfamilienhäuser	1.225	1.228
Unfertige u. noch nicht ertragsfähige Neubauten	-	-
Bauplätze	-	-
Summe wohnwirtschaftlich	71.301	71.620
Summe gewerblich	-	-
Gesamtsumme	71.301	71.620
weitere Deckungswerte	2.000	2.000
Gesamtsumme Hypothekenregister	73.301	73.620

Rückständige Leistungen auf Hypothekendeckungswerte

(Veröffentlichung gem. § 28 Abs. 1 Nr. 15 sowie § 28 Abs. 2 Nr. 2 und 5 PfandBG)

in Tsd. €	31.12.2024	31.12.2023
Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen	-	-
Davon im Ausland	-	-
Gesamtbetrag der leistungsgestörten Forderungen, soweit der jeweilige Rückstand mindestens 5 % der Forderung beträgt	-	-

Es befinden sich keine rückständigen oder von Zwangsmaßnahmen betroffene Deckungswerte in der Deckungsmasse.

	wohnwirtschaftlich		gewerblich	
	31.12.2024	31.12.2023	31.12.2024	31.12.2023
Anzahl der am Abschlusstag anhängigen Zwangsversteigerungsverfahren	0	-	0	-
Anzahl der am Abschlusstag anhängigen Zwangsverwaltungsverfahren	0	-	0	-
Anzahl der am Abschlusstag anhängigen Zwangsverwaltungsverfahren mit gleichzeitigen Zwangsversteigerungsverfahren	0	-	0	-
Anzahl der im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen	0	-	0	-
Anzahl der im Geschäftsjahr zur Verhütung von Verlusten übernommenen Grundstücke	0	-	0	-
Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen (Angaben in Tsd. €)	2	1	0	-

in %	31.12.2024	31.12.2023
Anteil der rückständigen Deckungswerte gemäß Art. 178 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	0,00	0,00

Liquiditäts-Kennzahlen

(Veröffentlichung gem. § 28 Abs. 1 Nr. 6 PfandBG)

in Tsd. €	31.12.2024	31.12.2023
Absolutbetrag der von Null verschiedenen größten sich ergebenden negativen Summe in den nächsten 180 Tagen i.S.d. § 4 (1a) Satz 3 für die Pfandbriefe (Liquiditätsbedarf)	0	0
Tag, an dem sich die größte negative Summe ergibt	-	-
Gesamtbetrag der Deckungswerte, welche die Anforderungen von § 4 (1a) Satz 3 PfandBG erfüllen (Liquiditätsdeckung)	2	2
Liquiditätsüberschuss	2	2

Weitere Deckungswerte Hypothekendeckung

(Veröffentlichung gem. § 28 Abs. 1 Nr. 8, 9 und 10 PfandBG)

in Tsd. €	Forderungen i.S.d. § 19 Abs. 1 Nr. 4 PfandBG	
	31.12.2024	31.12.2023
Staat		
Bundesrepublik Deutschland	2.000	2.000
Sonstige	-	-
Summe	2.000	2.000

Die Forderungen i.S.d. § 19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG sowie Forderungen i.S.d. § 19 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG bestehen zum Bilanzstichtag (wie auch im Vorjahr) nicht.

Die Forderungen i.S.d. § 19 Abs. 1 Nr. 2, 3 und 4 PfandBG überschreiten die Begrenzung des § 19 Abs. 1 PfandBG nicht.

Weitere Kennzahlen der Hypothekendeckung

(Veröffentlichung gem. § 28 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 2 Nr. 3 und 4 PfandBG)

		31.12.2024	31.12.2023
Gesamtbetrag der Forderungen, die die Grenzen nach § 13 Abs. 1 PfandBG überschreiten	in Tsd. €	-	-
Volumengewichteter Durchschnitt des Alters der Forderungen	in Jahren	3,95	2,98
Durchschnittlicher gewichteter Beleihungsauslauf	in %	56,40	56,57
Ordentliche Deckung (nominal)	in Tsd. €	71.301	71.620
Anteil am Gesamtumlauf	in %	237,67	477,47

ISIN-Liste

(Veröffentlichung gem. § 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG)

	31.12.2024	31.12.2023
-	-	-

Sonstige Angaben

Andere Provisionserträge

Für gegenüber Dritten erbrachte Dienstleistungen vereinbarten wir 42 Tsd. € (Vorjahr 88 Tsd. €).

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Aus Leasingverträgen bestehen in den nächsten Jahren Verpflichtungen in Höhe von 106,3 Tsd. € (Vorjahr 65,3 Tsd. €).

Personalbericht

Durchschnittlich waren im Geschäftsjahr 2024 bei der Alte Leipziger Bauspar im Innen- und Außendienst 140 Mitarbeiter beschäftigt.

Diese stellten durchschnittlich 125,5 Mitarbeiterkapazitäten, davon 54,4 männlich und 71,1 weiblich zur Verfügung oder 119 Mitarbeiterkapazitäten im Innen, 7 im Außendienst. Am Ende des Berichtsjahres waren 129 Mitarbeiterkapazitäten beschäftigt, wovon 27 auf Teilzeitbeschäftigte entfallen.

Angabe gemäß § 285 Nr. 17 HGB

Die Angaben zum Honorar des Wirtschaftsprüfers nach § 285 Nr. 17 HGB erfolgen gem. § 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB im Konzernabschluss der Alte Leipziger Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit, in den das Unternehmen einbezogen ist.

Gewinnverwendungsvorschlag

Der Vorstand schlägt vor, den Bilanzgewinn in Höhe von 48.084,99 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Angaben zu Geschäften mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Zu den nahestehenden Unternehmen zählen die in den Konzernabschluss der Alte Leipziger Lebensversicherung einbezogenen Tochtergesellschaften, an denen die Alte Leipziger Lebensversicherung jeweils zu 100 % beteiligt ist, sowie die Hallesche Krankenversicherung, mit der die Alte Leipziger Lebensversicherung einen Gleichordnungskonzern nach § 18 Abs. 2 AktG bildet.

Zwischen den nahestehenden Unternehmen bestehen diverse Dienstleistungs- und Auslagerungsverträge zur Hebung von Synergieeffekten.

Die Dienstleistungsbeziehungen erfolgen überwiegend zu Selbstkosten einschließlich entsprechender Gemeinkostenzuschläge beziehungsweise zu vereinbarten markt gängigen Preisen, abhängig von Volumina oder im Wege der Kostenteilung.

Bei den Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Personen handelt es sich im Wesentlichen um Bausparverträge und um Baudarlehen. Hierbei erhalten nahestehende Personen Mitarbeiterkonditionen, falls solche vereinbart sind. Ansonsten erfolgen die Vertragsabschlüsse zu den üblichen Bedingungen. Darüber hinaus bestehen vereinzelte Vertriebsvereinbarungen mit nahestehenden Personen mit marktüblichen Konditionen.

Zusammenfassend ergibt sich keine Berichterstattungspflicht im Sinne des § 285 Nr. 21 HGB über wesentliche Geschäfte zu marktunüblichen Bedingungen.

Organe unserer Gesellschaft

Die Mitglieder der Organe unserer Gesellschaft sind auf Seite 4 genannt.

Die Bezüge der Mitglieder des Vorstands werden aufgrund der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB nicht genannt. Die Gesamtbezüge früherer Vorstandsmitglieder und ihrer Hinterbliebenen betragen 423,5 Tsd. €.

Zum Bilanzstichtag bestanden keine Kredite an Aufsichtsratsmitglieder und Vorstandsmitglieder.

Im Geschäftsjahr betrugen die Gesamtbezüge der Mitglieder des Aufsichtsrates 20,9 Tsd. €.

Für die Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Vorstandsmitgliedern und deren Hinterbliebenen sind 4.357,5 Tsd. € zurückgestellt.

Angaben zum Mutterunternehmen

Die Alte Leipziger Holding Aktiengesellschaft, deren Alleineigentümerin die Alte Leipziger Lebensversicherung auf

Gegenseitigkeit ist, besitzt 100% unseres Grundkapitals.
Die entsprechenden Mitteilungen nach § 20 AktG liegen vor.

Die Alte Leipziger Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit, Oberursel, erstellt als Mutterunternehmen (§ 16 Abs. 4 AktG) einen Konzernabschluss, in den die Gesellschaft einbezogen wird. Der Konzernabschluss wird beim Unternehmensregister eingereicht und dort bekannt gemacht.

Nachtragsbericht

Im Januar 2025 erfolgte eine Einlage in die Kapitalrücklage der Alte Leipziger Bauspar AG durch die Alte Leipziger

Holding in Höhe von 25.000.000 €. Im bisherigen Verlauf des Geschäftsjahres 2025 sind keine weiteren Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten.

Oberursel (Taunus), den 06. März 2025

Alte Leipziger
Bauspar AG

Rupp

Dr. Lindner

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die ALTE LEIPZIGER Bauspar AG, Oberursel (Taunus)

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der ALTE LEIPZIGER Bauspar AG, Oberursel (Taunus), – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der ALTE LEIPZIGER Bauspar AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 geprüft. Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote) haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 und

vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die

Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsdienstleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Aus unserer Sicht waren folgende Sachverhalte am bedeutsamsten in unserer Prüfung:

① *Bewertung der baupartechnischen Rückstellungen in Bezug auf einen Alt-Tarif*

② *Risikovorsorge im Baudarlehengeschäft*

Unsere Darstellung dieser besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

① *Sachverhalt und Problemstellung*

② *Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse*

③ *Verweis auf weitergehende Informationen*

Nachfolgend stellen wir die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

① *Bewertung der baupartechnischen Rückstellungen in Bezug auf Alt-Tarife*

① *Im Jahresabschluss der Gesellschaft werden unter dem Bilanzposten „Andere Rückstellungen“ Rückstellungen für baupartechnische Risiken in Höhe von insgesamt € 14,1 Mio ausgewiesen, welche die Erstattung von Abschlussgebühren sowie für rückwirkend zu vergütende Zinsboni bei Darlehensverzicht bzw. in Einzelfällen bei Kündigung durch den Kunden beinhalten. Mit € 10,8 Mio entfällt der größte Teil der ausgewiesenen Rückstellung auf einen Alt-Tarif (easy plus).*

Diese Verpflichtungen sind bezüglich ihrer Höhe und Fälligkeit ungewiss und werden mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag bewertet. Die Bewertung der Rückstellung für das Bauspargeschäft wird im Wesentlichen von der Einschätzung des zukünftigen Kundenverhaltens bestimmt (Inanspruchnahmequote). Die Parametrisierung basiert auf historischen Erfahrungswerten, die Ermessensentscheidungen und Unsicherheiten beinhalten. Geringfügige Änderungen der bewertungsrelevanten Parameter und Annahmen können zu wesentlichen Änderungen der resultierenden Rückstellungshöhe führen.

Aufgrund der wesentlichen Bedeutung dieser Rückstellungen für die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft sowie der damit verbundenen Schätzunsicherheiten und der erheblichen Ermessensspielräume der gesetzlichen Vertreter bei der Bemessung der Rückstellungen war die Bewertung der baupartechnischen Rückstellungen im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

② *Im Rahmen unserer Prüfung haben wir in Anbetracht der Bedeutung der baupartechnischen Rückstellungen für das Gesamtgeschäft der Gesellschaft gemeinsam mit unseren internen Spezialisten für Bausparmathematik die verwendete Methodik für die baupartechnische Simulationsrechnung sowie die von den gesetzlichen Vertretern getroffenen Einschätzungen und Annahmen beurteilt. Dabei haben wir unter anderem unser Branchenwissen und unsere Branchenerfahrung zugrunde gelegt. Zudem haben wir den Prozess zur Ermittlung und Erfassung der baupartechnischen Rückstellungen gewürdigt. Darüber hinaus haben wir die historischen Erfahrungswerte auf Nachvollziehbarkeit beurteilt. Damit einhergehend haben wir das berechnete Ergebnis zur Höhe der Rückstellungen nachvollzogen.*

Auf Basis unserer Prüfungshandlungen konnten wir uns davon überzeugen, dass die von den gesetzlichen Vertretern getroffenen Einschätzungen und Annahmen zur Bewertung der baupartechnischen Rückstellungen für diesen Alt-Tarif begründet und hinreichend dokumentiert sind.

③ *Die Angaben der Gesellschaft zu den baupartechnischen Rückstellungen sind insbesondere im Abschnitt „Erläuterungen zur Bilanz“ des Anhangs enthalten.*

② *Risikovorsorge im Baudarlehengeschäft*

① *Einen Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft bildet das Baudarlehengeschäft, das im Jahresabschluss der Gesellschaft in dem Bilanzposten „Forderungen an Kunden“ in Höhe von insgesamt € 1.595 Mio. (89,0 % der Bilanzsumme) ausgewiesen wird. Für das Baudarlehengeschäft besteht zum Bilanzstichtag eine bilanzielle Risikovorsorge bestehend aus Einzel- und*

Pauschalwertberichtigungen. Die Bemessung der Risikovorsorge im Baudarlehengeschäft wird insbesondere durch die Struktur und Qualität des Portfolios, gesamtwirtschaftliche Einflussfaktoren und die Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter hinsichtlich zukünftiger Kreditausfälle - unter anderem auch vor dem Hintergrund der makroökonomischen Entwicklungen auf das Baudarlehengeschäft - bestimmt.

Die Höhe der Einzelwertberichtigungen auf Forderungen aus Baudarlehen entspricht der Differenz zwischen erwarteten Verkaufserlösen, unter Berücksichtigung von Abschlägen für voraussichtliche Verwertungskosten und Verwertungsdauer, und dem Kontosaldo.

Pauschalwertberichtigungen werden für vorhersehbare, aber noch nicht bei einzelnen Baudarlehennehmern konkretisierte Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft gebildet. Die ALB verwendet das sog. Bewertungsvereinfachungsverfahren für alle Baudarlehen, wobei grundsätzlich der 1-Jahres-Expected Loss angesetzt wird. Weisen diese ein im Zeitablauf deutlich erhöhtes Adressenausfallrisiko (bestimmt über das aktuelle Rating) auf, wird die Pauschalwertberichtigung als Lifetime Expected Loss gebildet. Diese Pauschalwertberichtigung wird ohne Anpassung weiterverwendet. Die ALB hat in 2024 Bewertungsvereinfachungen in Anspruch genommen. Hätte die ALB das Bewertungsverfahren unverändert belassen, wäre das Jahresergebnis um T€ 360 schlechter ausgefallen.

Die Risikovorsorge im Baudarlehengeschäft ist zum einen betragsmäßig für die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft von hoher Bedeutung und zum anderen mit erheblichen Ermessensspielräumen der gesetzlichen Vertreter hinsichtlich der Prognosen von makroökonomischen Variablen und Szenarien sowie der aus einem Baudarlehen noch erwarteten Zahlungsströme verbunden. Darüber hinaus haben die angewandten, auch aufgrund der makroökonomischen Entwicklungen mit wesentlichen Unsicherheiten behafteten Bewertungsparameter einen bedeutsamen Einfluss auf die Bildung bzw. die Höhe einer gegebenenfalls erforderlichen Risikovorsorge.

Vor diesem Hintergrund war dieser Sachverhalt im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

② *Im Rahmen unserer Prüfung haben wir zunächst die Angemessenheit des relevanten IT-Systems und des relevanten internen Kontrollsystems der Gesellschaft beurteilt und die Funktionsfähigkeit der Kontrollen getestet, insbesondere im Hinblick auf die Geschäftsdatenerfassung, die Risikoklassifizierung der Kreditnehmer, die Ermittlung der Risikovorsorge und die Validierung der Bewertungsmodelle. Darüber hinaus haben wir die Bewertung der Forderungen aus Baudarlehen, einschließlich der sachgerechten Anwendung der Bewertungsmethoden und Angemessenheit geschätzter Werte, auf der Basis von Stichproben von Kreditengagements beurteilt. Dabei haben wir unter anderem die vorliegenden Unterlagen der Gesellschaft bezüglich der wirtschaftlichen Verhältnisse sowie der Werthaltigkeit der entsprechenden Sicherheiten gewürdigt. Ferner haben wir zur Beurteilung der vorgenommenen Einzel- und Pauschalwertberichtigung die von der Gesellschaft angewandten Berechnungsmodelle, die zugrundeliegenden Inputdaten, makroökonomischen Annahmen und Parameter, die Angemessenheit der Bonitätsprämienermittlung und der Ausgeglichenheitsvermutung, dem Nachweis der Immaterialität für Teilportfolien ohne Risikovorsorgeermittlung sowie die Ergebnisse der Validierungshandlungen nachvollzogen. Darüberhinaus haben wir eine Nachberechnung in Stichproben durchgeführt. Bei der Prüfung der Bewertungsmodelle haben wir unsere internen Spezialisten aus dem Bereich Finanzmathematik einbezogen. Wir haben die Einschätzung der gesetzlichen Vertreter hinsichtlich der Auswirkungen der makroökonomischen Entwicklungen auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer und hinsichtlich der Angemessenheit der Modellparameter und -annahmen gewürdigt. Auf Basis der von uns durchgeführten Prüfungshandlungen konnten wir uns insgesamt von der Vertretbarkeit der bei der Überprüfung der Werthaltigkeit des Baudarlehenportfolios von den gesetzlichen Vertretern getroffenen Annahmen sowie der Angemessenheit der implementierten Kontrollen der Gesellschaft überzeugen.*

③ Die Angaben der Gesellschaft zur Risikovor-
sorge im Baudarlehengeschäft sind insbesondere in
den Abschnitten „Bilanzierungs- und Bewertungsme-
thoden“ und „Erläuterungen zur Bilanz“ des Anhangs
enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen In-
formationen verantwortlich. Die sonstigen Informati-
onen umfassen die Erklärung zur
Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (An-
gaben zur Frauenquote) als nicht inhaltlich geprüften
Bestandteil des Lageberichts:

Die sonstigen Informationen umfassen zudem alle
übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne weiterge-
hende Querverweise auf externe Informationen –,
mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses, des
geprüften Lageberichts sowie unseres Bestätigungs-
vermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und
zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonsti-
gen Informationen, und dementsprechend geben wir
weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere
Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir
die Verantwortung, die oben genannten sonstigen In-
formationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die
sonstigen Informationen

wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss,
zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben
oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntniss-
en aufweisen oder

anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des
Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lage-
bericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die
Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deut-
schen handelsrechtlichen Vorschriften in allen we-
sentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der

Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen
Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den
tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der
Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft
vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter ver-
antwortlich für die internen Kontrollen, die sie in
Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen
ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig be-
stimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresab-
schlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen
falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Hand-
lungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung
und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die
gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fä-
higkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unter-
nehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben
sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammen-
hang mit der Fortführung der Unternehmenstätig-
keit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus
sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des
Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der
Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem
nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten
entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verant-
wortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der ins-
gesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der
Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen
Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht,
den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht
und die Chancen und Risiken der zukünftigen Ent-
wicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetz-
lichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen
und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig er-
achtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts
in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deut-
schen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und
um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussa-
gen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwa-
chung des Rechnungslegungsprozesses der Gesell-
schaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des
Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende

wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.

beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt,

dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.

führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und sofern einschlägig, die zur Beseitigung von Unabhängigkeitsgefährdungen vorgenommenen Handlungen oder ergriffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert

haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 14. März 2024 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 28. Januar 2025 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind seit dem Geschäftsjahr 2023 als Abschlussprüfer der ALTE LEIPZIGER Bauspar AG, Oberursel (Taunus), tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

VERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Die für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Maximilian Roestel.

Frankfurt am Main, den 10. März 2025

PricewaterhouseCoopers GmbH ^{LLP} Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Maximilian Roestel
Beurschgens

ppa. Susanne

Wirtschaftsprüfer
prüferin

Wirtschafts-

Bewegung der Zuteilungsmasse

in der Zeit vom 1. Januar 2024 bis 31. Dezember 2024

Zuführungen		€
I. Vortrag aus dem Vorjahr (Überschuss):		
noch nicht ausgezahlte Beträge		1.198.885.465,21
II. Zuführungen im Geschäftsjahr:		
1. Sparbeträge (einschl. verrechneter Wohnungsbauprämien)		242.110.886,89
2. Tilgungsbeträge* (einschl. verrechneter Wohnungsbauprämien)		21.411.296,01
3. Zinsen auf Bauspareinlagen		7.231.335,59
4. Fonds zur bauspartechnischen Absicherung		0,00
5. Sonstige		0,00
Summe:		1.469.638.983,70

Entnahmen		€
I. Entnahmen im Geschäftsjahr:		
1. Zugeteilte Summen, soweit ausgezahlt		
a) Bauspareinlagen		155.582.456,69
b) Baudarlehen		48.953.312,82
2. Rückzahlung von Bauspareinlagen auf noch nicht zugeteilte Bausparverträge		81.035.018,76
3. Sonstige Entnahmen**		0,00
II. Überschuss der Zuführungen (noch nicht ausgezahlte Beträge) am Ende des Geschäftsjahres***		1.184.068.195,43
Summe:		1.469.638.983,70

* Tilgungsbeträge sind die auf die reine Tilgung entfallenden Anteile der Tilgungsbeiträge.

** Die sonstigen Entnahmen enthalten einen Korrekturposten für in den Vorjahren zu hoch ausgewiesene Zuführungen.

*** In dem Überschuss der Zuführungen sind u. a. enthalten:

a) die noch nicht ausgezahlten Bauspareinlagen der zugeteilten Bausparverträge: 222.000,64

b) die noch nicht ausgezahlten Baudarlehen aus Zuteilungen: 1.248.661,88

Bestandsbewegung 2024 Gesamt

I. Übersicht über die Bewegungen des Bestandes an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme	Anzahl der Verträge	Bausparsumme	Anzahl der Verträge	Bausparsumme
		in Tsd. €		in Tsd. €		in Tsd. €
A) Bestand am Ende des Vorjahres	161.455	7.413.772	8.626	208.841	170.081	7.622.612
B) Zugang im Geschäftsjahr durch:						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	13.799	594.325	0	0	13.799	594.325
1a) Erhöhung	0	19.253	0	0	0	19.253
2. Übertragung	234	18.474	46	1.222	280	19.696
3. Zuteilungsverzicht und Widerruf der Zuteilungen	45	1.216	0	0	45	1.216
4. Teilung	606	0	0	0	606	0
5. Zuteilung bzw. -annahme	0	0	14.401	249.408	14.401	249.408
6. Sonstige	0	0	0	0	0	0
Insgesamt:	14.684	633.268	14.447	250.630	29.131	883.898
C) Abgang im Geschäftsjahr durch:						
1. Zuteilung bzw. -annahme	14.401	249.408	0	0	14.401	249.408
2. Ermäßigung	0	3.344	0	0	0	3.344
3. Auflösung	11.413	281.570	12.275	174.634	23.688	456.205
4. Übertragung	234	18.474	46	1.222	280	19.696
5. Zusammenlegung	5	0	0	0	5	0
6. Vertragsablauf	0	0	991	22.002	991	22.002
7. Zuteilungsverzicht und Widerruf der Zuteilungen	0	0	45	1.216	45	1.216
8. Sonstige	0	0	0	0	0	0
Insgesamt:	26.053	552.796	13.357	199.074	39.410	751.870
D) Reiner Zugang/Abgang	- 11.369	80.472	1.090	51.556	- 10.279	132.028
E) Bestand am Ende des Geschäftsjahres	150.086	7.494.243	9.716	260.397	159.802	7.754.640
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb der Bundesrepublik Deutschland	362	12.400	12	216	374	12.616

II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2024	444	78.670
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2024	2.850	163.200
III. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug		48.524
IV. Verteilung der Bausparsummen der noch nicht zugeteilten Verträge nach ihrer Höhe	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
bis 10.000 €	64.090	471.688
über 10.000 bis 50.000 €	28.520	500.827
über 50.000 bis 150.000 €	45.525	3.091.723
über 150.000 bis 500.000 €	11.517	2.949.245
über 500.000 €	434	480.761
Insgesamt:	150.086	7.494.243

Bestandsbewegung 2024 „easy plus“

I. Übersicht über die Bewegungen des Bestandes an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme	Anzahl der Verträge	Bausparsumme	Anzahl der Verträge	Bausparsumme
		in Tsd. €		in Tsd. €		in Tsd. €
A) Bestand am Ende des Vorjahres	31.686	391.358	2.318	33.016	34.004	424.374
B) Zugang im Geschäftsjahr durch:						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	0	0	0	0	0	0
1a) Erhöhung	0	0	0	0	0	0
2. Übertragung	8	178	8	122	16	299
3. Zuteilungsverzicht und Widerruf der Zuteilungen	6	72	0	0	6	72
4. Teilung	3	0	0	0	3	0
5. Zuteilung bzw. -annahme	0	0	5.495	72.749	5.495	72.749
6. Sonstige	0	0	0	0	0	0
Insgesamt:	17	250	5.503	72.871	5.520	73.121
C) Abgang im Geschäftsjahr durch:						
1. Zuteilung bzw. -annahme	5.495	72.749	0	0	5.495	72.749
2. Ermäßigung	0	0	0	0	0	0
3. Auflösung	5.019	53.943	5.422	71.611	10.441	125.555
4. Übertragung	8	178	8	122	16	299
5. Zusammenlegung	0	0	0	0	0	0
6. Vertragsablauf	0	0	450	7.983	450	7.983
7. Zuteilungsverzicht und Widerruf der Zuteilungen	0	0	6	72	6	72
8. Sonstige	0	0	0	0	0	0
Insgesamt:	10.522	126.870	5.886	79.788	16.408	206.658
D) Reiner Zugang/Abgang	- 10.505	- 126.620	- 383	- 6.917	- 10.888	- 133.537
E) Bestand am Ende des Geschäftsjahres	21.181	264.738	1.935	26.099	23.116	290.837
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb der Bundesrepublik Deutschland	78	958	5	71	83	1.029

II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2024	0	0
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2024	0	0
III. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug		12.582
IV. Verteilung der Bausparsummen der noch nicht zugeteilten Verträge nach ihrer Höhe	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
bis 10.000 €	14.742	105.214
über 10.000 bis 50.000 €	5.011	84.081
über 50.000 bis 150.000 €	1.396	65.905
über 150.000 bis 500.000 €	31	6.643
über 500.000 €	1	2.894
Insgesamt:	21.181	264.738

Bestandsbewegung 2024 „Fest-Tarif“

I. Übersicht über die Bewegungen des Bestandes an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme	Anzahl der Verträge	Bausparsumme	Anzahl der Verträge	Bausparsumme
		in Tsd. €		in Tsd. €		in Tsd. €
A) Bestand am Ende des Vorjahres	213	8.688	104	6.521	317	15.209
B) Zugang im Geschäftsjahr durch:						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	0	0	0	0	0	0
1a) Erhöhung	0	0	0	0	0	0
2. Übertragung	0	0	2	130	2	130
3. Zuteilungsverzicht und Widerruf der Zuteilungen	1	24	0	0	1	24
4. Teilung	0	0	0	0	0	0
5. Zuteilung bzw. -annahme	0	0	12	724	12	724
6. Sonstige	0	0	0	0	0	0
Insgesamt:	1	24	14	854	15	878
C) Abgang im Geschäftsjahr durch:						
1. Zuteilung bzw. -annahme	12	724	0	0	12	724
2. Ermäßigung	0	0	0	0	0	0
3. Auflösung	45	1.779	2	89	47	1.868
4. Übertragung	0	0	2	130	2	130
5. Zusammenlegung	0	0	0	0	0	0
6. Vertragsablauf	0	0	17	940	17	940
7. Zuteilungsverzicht und Widerruf der Zuteilungen	0	0	1	24	1	24
8. Sonstige	0	0	0	0	0	0
Insgesamt:	57	2.503	22	1.183	79	3.685
D) Reiner Zugang/Abgang	-56	-2.479	-8	-329	-64	-2.807
E) Bestand am Ende des Geschäftsjahres	157	6.210	96	6.192	253	12.402
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb der Bundesrepublik Deutschland	1	10	0	0	1	10

II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2024	0	0
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2024	0	0
III. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug		49.020
IV. Verteilung der Bausparsummen der noch nicht zugeteilten Verträge nach ihrer Höhe	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
bis 10.000 €	31	193
über 10.000 bis 50.000 €	45	748
über 50.000 bis 150.000 €	78	4.789
über 150.000 bis 500.000 €	3	480
über 500.000 €	0	0
Insgesamt:	157	6.210

Bestandsbewegung 2024 „Wahl-Tarif“

I. Übersicht über die Bewegungen des Bestandes an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme	Anzahl der Verträge	Bausparsumme	Anzahl der Verträge	Bausparsumme
		in Tsd. €		in Tsd. €		in Tsd. €
A) Bestand am Ende des Vorjahres	634	13.126	138	3.557	772	16.683
B) Zugang im Geschäftsjahr durch:						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	0	0	0	0	0	0
1a) Erhöhung	0	0	0	0	0	0
2. Übertragung	1	41	3	45	4	86
3. Zuteilungsverzicht und Widerruf der Zuteilungen	0	0	0	0	0	0
4. Teilung	1	0	0	0	1	0
5. Zuteilung bzw. -annahme	0	0	61	1.080	61	1.080
6. Sonstige	0	0	0	0	0	0
Insgesamt:	2	41	64	1.125	66	1.166
C) Abgang im Geschäftsjahr durch:						
1. Zuteilung bzw. -annahme	61	1.080	0	0	61	1.080
2. Ermäßigung	0	0	0	0	0	0
3. Auflösung	179	2.751	60	1.034	239	3.785
4. Übertragung	1	41	3	45	4	86
5. Zusammenlegung	0	0	0	0	0	0
6. Vertragsablauf	0	0	34	622	34	622
7. Zuteilungsverzicht und Widerruf der Zuteilungen	0	0	0	0	0	0
8. Sonstige	0	0	0	0	0	0
Insgesamt:	241	3.872	97	1.701	338	5.574
D) Reiner Zugang/Abgang	- 239	- 3.831	- 33	- 576	- 272	- 4.408
E) Bestand am Ende des Geschäftsjahres	395	9.295	105	2.981	500	12.276
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb der Bundesrepublik Deutschland	3	25	0	0	3	25

II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2024	0	0
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2024	0	0
III. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug		24.552
IV. Verteilung der Bausparsummen der noch nicht zugeteilten Verträge nach ihrer Höhe	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
bis 10.000 €	124	619
über 10.000 bis 50.000 €	153	2.387
über 50.000 bis 150.000 €	117	6.084
über 150.000 bis 500.000 €	1	205
über 500.000 €	0	0
Insgesamt:	395	9.295

Bestandsbewegung 2024 „easy finanz“

I. Übersicht über die Bewegungen des Bestandes an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme	Anzahl der Verträge	Bausparsumme	Anzahl der Verträge	Bausparsumme
		in Tsd. €		in Tsd. €		in Tsd. €
A) Bestand am Ende des Vorjahres	4.599	254.899	3.050	82.030	7.649	336.929
B) Zugang im Geschäftsjahr durch:						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	0	0	0	0	0	0
1a) Erhöhung	0	71	0	0	0	71
2. Übertragung	11	789	14	449	25	1.238
3. Zuteilungsverzicht und Widerruf der Zuteilungen	4	69	0	0	4	69
4. Teilung	28	0	0	0	28	0
5. Zuteilung bzw. -annahme	0	0	510	20.490	510	20.490
6. Sonstige	0	0	0	0	0	0
Insgesamt:	43	929	524	20.939	567	21.868
C) Abgang im Geschäftsjahr durch:						
1. Zuteilung bzw. -annahme	510	20.490	0	0	510	20.490
2. Ermäßigung	0	419	0	0	0	419
3. Auflösung	339	23.452	381	12.653	720	36.105
4. Übertragung	11	789	14	449	25	1.238
5. Zusammenlegung	2	0	0	0	2	0
6. Vertragsablauf	0	0	277	6.850	277	6.850
7. Zuteilungsverzicht und Widerruf der Zuteilungen	0	0	4	69	4	69
8. Sonstige	0	0	0	0	0	0
Insgesamt:	862	45.150	676	20.022	1.538	65.172
D) Reiner Zugang/Abgang	- 819	- 44.221	- 152	917	- 971	- 43.304
E) Bestand am Ende des Geschäftsjahres	3.780	210.678	2.898	82.947	6.678	293.625
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb der Bundesrepublik Deutschland	11	664	3	80	14	744

II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2024	2	200
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2024	0	0
III. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug		43.969
IV. Verteilung der Bausparsummen der noch nicht zugeteilten Verträge nach ihrer Höhe	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
bis 10.000 €	857	6.191
über 10.000 bis 50.000 €	831	15.474
über 50.000 bis 150.000 €	1.869	119.815
über 150.000 bis 500.000 €	217	45.696
über 500.000 €	6	23.502
Insgesamt:	3.780	210.678

Bestandsbewegung 2024 „easy finanz-Riester“

I. Übersicht über die Bewegungen des Bestandes an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme	Anzahl der Verträge	Bausparsumme	Anzahl der Verträge	Bausparsumme
		in Tsd. €		in Tsd. €		in Tsd. €
A) Bestand am Ende des Vorjahres	1.507	45.733	28	678	1.535	46.411
B) Zugang im Geschäftsjahr durch:						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	1	20	0	0	1	20
1a) Erhöhung	0	424	0	0	0	424
2 Übertragung	0	0	0	0	0	0
3. Zuteilungsverzicht und Widerruf der Zuteilungen	0	0	0	0	0	0
4. Teilung	0	0	0	0	0	0
5. Zuteilung bzw. -annahme	0	0	12	405	12	405
6. Sonstige	0	0	0	0	0	0
Insgesamt:	1	444	12	405	13	850
C) Abgang im Geschäftsjahr durch:						
1. Zuteilung bzw. -annahme	12	405	0	0	12	405
2. Ermäßigung	0	13	0	0	0	13
3. Auflösung	94	2.908	0	3	94	2.911
4. Übertragung	0	0	0	0	0	0
5. Zusammenlegung	0	0	0	0	0	0
6. Vertragsablauf	0	0	0	0	0	0
7. Zuteilungsverzicht und Widerruf der Zuteilungen	0	0	0	0	0	0
8. Sonstige	0	0	0	0	0	0
Insgesamt:	106	3.326	0	3	106	3.329
D) Reiner Zugang/Abgang	- 105	- 2.881	12	402	- 93	- 2.479
E) Bestand am Ende des Geschäftsjahres	1.402	42.851	40	1.080	1.442	43.932
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb der Bundesrepublik Deutschland	3	255	0	0	3	255

II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2024	4	116
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2024	0	0
III. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug		30.494
IV. Verteilung der Bausparsummen der noch nicht zugeteilten Verträge nach ihrer Höhe	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
bis 10.000 €	271	1.926
über 10.000 bis 50.000 €	443	8.328
über 50.000 bis 150.000 €	687	32.447
über 150.000 bis 500.000 €	1	150
über 500.000 €	0	0
Insgesamt:	1.402	42.851

Bestandsbewegung 2024 „AL-Baufinanz“

I. Übersicht über die Bewegungen des Bestandes an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme	Anzahl der Verträge	Bausparsumme	Anzahl der Verträge	Bausparsumme
		in Tsd. €		in Tsd. €		in Tsd. €
A) Bestand am Ende des Vorjahres	41.277	1.421.370	2.712	73.336	43.989	1.494.706
B) Zugang im Geschäftsjahr durch:						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	1	400	0	0	1	400
1a) Erhöhung	0	1.795	0	0	0	1.795
2. Übertragung	58	5.116	15	270	73	5.386
3. Zuteilungsverzicht und Widerruf der Zuteilungen	23	881	0	0	23	881
4. Teilung	156	0	0	0	156	0
5. Zuteilung bzw. -annahme	0	0	6.798	130.297	6.798	130.297
6. Sonstige	0	0	0	0	0	0
Insgesamt:	238	8.192	6.813	130.568	7.051	138.759
C) Abgang im Geschäftsjahr durch:						
1. Zuteilung bzw. -annahme	6.798	130.297	0	0	6.798	130.297
2. Ermäßigung	0	514	0	0	0	514
3. Auflösung	2.591	61.831	5.241	77.693	7.832	139.524
4. Übertragung	58	5.116	15	270	73	5.386
5. Zusammenlegung	1	0	0	0	1	0
6. Vertragsablauf	0	0	192	4.634	192	4.634
7. Zuteilungsverzicht und Widerruf der Zuteilungen	0	0	23	881	23	881
8. Sonstige	0	0	0	0	0	0
Insgesamt:	9.448	197.757	5.471	83.478	14.919	281.236
D) Reiner Zugang/Abgang	-9.210	-189.566	1.342	47.089	-7.868	-142.476
E) Bestand am Ende des Geschäftsjahres	32.067	1.231.804	4.054	120.425	36.121	1.352.230
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb der Bundesrepublik Deutschland	97	3.359	4	65	101	3.424

II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2024	17	1.070
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2024	0	0
III. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug		37.436
IV. Verteilung der Bausparsummen der noch nicht zugeteilten Verträge nach ihrer Höhe	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
bis 10.000 €	16.028	116.691
über 10.000 bis 50.000 €	6.743	115.850
über 50.000 bis 150.000 €	7.502	477.843
über 150.000 bis 500.000 €	1.739	414.611
über 500.000 €	55	106.810
Insgesamt:	32.067	1.231.804

Bestandsbewegung 2024 „AL_Neo“

I. Übersicht über die Bewegungen des Bestandes an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme	Anzahl der Verträge	Bausparsumme	Anzahl der Verträge	Bausparsumme
		in Tsd. €		in Tsd. €		in Tsd. €
A) Bestand am Ende des Vorjahres	81.539	5.278.597	276	9.702	81.815	5.288.299
B) Zugang im Geschäftsjahr durch:						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	13.797	593.905	0	0	13.797	593.905
1a) Erhöhung	0	16.963	0	0	0	16.963
2. Übertragung	156	12.351	4	206	160	12.557
3. Zuteilungsverzicht und Widerruf der Zuteilungen	11	169	0	0	11	169
4. Teilung	418	0	0	0	418	0
5. Zuteilung bzw. -annahme	0	0	1.513	23.663	1.513	23.663
6. Sonstige	0	0	0	0	0	0
Insgesamt:	14.382	623.388	1.517	23.869	15.899	647.256
C) Abgang im Geschäftsjahr durch:						
1. Zuteilung bzw. -annahme	1.513	23.663	0	0	1.513	23.663
2. Ermäßigung	0	2.399	0	0	0	2.399
3. Auflösung	3.146	134.906	1.169	11.551	4.315	146.457
4. Übertragung	156	12.351	4	206	160	12.557
5. Zusammenlegung	2	0	0	0	2	0
6. Vertragsablauf	0	0	21	973	21	973
7. Zuteilungsverzicht und Widerruf der Zuteilungen	0	0	11	169	11	169
8. Sonstige	0	0	0	0	0	0
Insgesamt:	4.817	173.318	1.205	12.899	6.022	186.217
D) Reiner Zugang/Abgang	9.565	450.069	312	10.970	9.877	461.040
E) Bestand am Ende des Geschäftsjahres	91.104	5.728.666	588	20.672	91.692	5.749.339
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb der Bundesrepublik Deutschland	169	7.129	0	0	169	7.129

II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2023	421	77.284
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2024	2.850	163.200
III. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug		62.703
IV. Verteilung der Bausparsummen der noch nicht zugeteilten Verträge nach ihrer Höhe	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
bis 10.000 €	32.037	240.854
über 10.000 bis 50.000 €	15.294	273.958
über 50.000 bis 150.000 €	33.876	2.384.840
über 150.000 bis 500.000 €	9.525	2.481.460
über 500.000 €	372	347.554
Insgesamt:	91.104	5.728.666

Kontakt

Direktion

Alte Leipziger Bauspar AG

Alte Leipziger-Platz 1, 61440 Oberursel (Taunus)
 Postfach 16 60, 61406 Oberursel (Taunus)
 Telefon (0 6171) 66- 01
 baupar@alte-leipziger.de
 www.alte-leipziger.de

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Telefon (0 61 71) 66- 69 67
 presse@alte-leipziger.de

Impressum

Herausgeber

Alte Leipziger Bauspar AG

Alte Leipziger-Platz 1, 61440 Oberursel (Taunus)
 Postfach 16 60, 61406 Oberursel (Taunus)
 Telefon (0 61 71) 66- 01
 www.alte-leipziger.de

Koordination & Redaktion

Alte Leipziger Bauspar AG,
 Oberursel (Taunus)
 Bereich Controlling

Satz

Inhouse erstellt mit firesys

Geschäftsbericht im Internet

<https://www.alh.de/alh-gruppe/berichte>

Die Vertriebsdirektionen der ALH Gruppe

Vertriebsdirektion Nord

Ludwig-Erhard-Straße 14, 20459 Hamburg
 Telefon für:
 Lebensversicherung: (040) 35 70 56- 39
 Krankenversicherung: (040) 35 70 56- 59
 Sachversicherung: (040) 35 70 56- 79

Vertriebsdirektion Ost

Markt 5/6, 04109 Leipzig
 Postfach 10 14 53, 04014 Leipzig
 Telefon für:
 Lebensversicherung: (03 41) 9 98 92- 39
 Krankenversicherung: (03 41) 9 98 92- 59
 Sachversicherung: (03 41) 9 98 92- 79

Vertriebsdirektion West

Am Wehrhahn 39, 40211 Düsseldorf
 Postfach 10 12 37, 40003 Düsseldorf
 Telefon für:
 Lebensversicherung: (02 11) 60 29 86- 39
 Krankenversicherung: (02 11) 60 29 86- 59
 Sachversicherung: (02 11) 60 29 86- 89

Vertriebsdirektion Mitte

An der Billwiese 26, 61440 Oberursel
 Postfach 15 42, 61405 Oberursel
 Telefon für:
 Lebensversicherung: (0 61 71) 66 66- 39
 Krankenversicherung: (0 61 71) 66 66- 59
 Sachversicherung: (0 61 71) 66 66- 79

Vertriebsdirektion Südwest

Silberburgstraße 80, 70176 Stuttgart
 Postfach 10 21 36, 70017 Stuttgart
 Telefon für:
 Lebensversicherung: (07 11) 27 38 96- 39
 Krankenversicherung: (07 11) 27 38 96- 59
 Sachversicherung: (07 11) 27 38 96- 79

Vertriebsdirektion Süd

Sonnenstraße 33, 80331 München
 Postfach 33 04 08, 80064 München
 Telefon für:
 Lebensversicherung: (089) 2 31 95- 490
 Krankenversicherung: (089) 2 31 95- 239
 Sachversicherung: (089) 2 31 95- 263